

# **Hansische Geschichtsblätter**

## **Hanseatic History Review**



**Herausgegeben vom  
Hansischen Geschichtsverein**

Sonderdruck  
aus dem 135. Jahrgang 2017

**Die Lübecker Ratsurteile.  
Wilhelm Ebel und eine wissenschaftliche  
Geschäftsführung „ohne Auftrag“?  
von Carsten Groth**

c a l l i d u s .

Die Hansischen Geschichtsblätter praktizieren das Peer-Review-Verfahren. Eingereichte Beiträge unterliegen einem anonymisierten Begutachtungsverfahren (Double Blind Review), das über die Aufnahme in die Zeitschrift entscheidet.

Redaktion:

Prof. Dr. Albrecht Cordes, Dr. Angela Huang, Dr. Christina Link

Umschlagabbildung:

Karte der Hansestädte bereitgestellt durch © Europäisches Hansemuseum Lübeck gGmbH, Forschungsstelle für die Geschichte der Hanse und des Ostseeraums

Verlag/Gesamtherstellung:

callidus. Verlag wissenschaftlicher Publikationen, Wismar, [www.callidusverlag.de](http://www.callidusverlag.de)

Printed in the EU, 2018

ISSN 0073-0327

ISBN 978-3-940677-55-6

## **Die Lübecker Ratsurteile. Wilhelm Ebel und eine wissenschaftliche Geschäftsführung „ohne Auftrag“?\***

von Carsten Groth

### **The edition of the verdicts by the council of Lübeck ("Lübecker Ratsurteile")**

**Abstract:** The edition of the "Lübecker Ratsurteile" (verdicts by the council of Lübeck) by Wilhelm Ebel (1908 – 1980), a legal historian primarily active in Göttingen, is still considered to be a standard work. This article assesses and critiques this common assessment. In view of the assumptions of its editor – and in particular his activities as a member of the SS-Ahnenerbe, a Nazi organization charged with 'scientifically' investigating (and maintaining) Arian racial purity – the edition might be flawed.

Ebel assumed that the verdicts embodied Lübeck law ("Lübisches Recht") and that one could reconstruct Lübeck Law by analysing the "Ratsurteile". Recent work shows that Lübeck law had a number of other sources as well, so that Ebel's assumption seems questionable. Moreover, Ebel did not edit all the extant verdicts but rather selected particular ones which he deemed 'essential, substantial and intuitively comprehensible'. It is unknown which verdicts he left out, much less why. In short, we simply do not know whether Ebel's preconceptions biased (consciously or unconsciously) his selection of sources for publication and therefore skewed all subsequent research based on his edition.

Furthermore, it is probable that he was only able to gain access to the sources (which had been removed for safe-keeping during the war) because he was officially tasked with this project by the SS-Ahnenerbe. Ebel was not above hinting that his work might prove to be politically useful to his Nazi masters. Again, we do not know whether this influenced the selection of the verdicts which Ebel deemed worthy to be included in his edition of the "Lübecker Ratsurteile".

\* Ich danke den anonymen Gutachtern der HGBll. für wertvolle Kritik und Hinweise.

## 1 Einleitung

Texte sind zeitgebunden. Dabei handelt es sich um keine neue und – man sollte meinen – um keine grundstürzende Erkenntnis. Dennoch erhalten manche Texte ein Eigenleben; sie werden überzeitlich. Dieser Zustand birgt Gefahren. Zwar ist damit nicht gesagt, dass der Inhalt eines Textes nicht (mehr) gültig ist oder, im Falle wissenschaftlicher Texte, von minderer wissenschaftlicher Qualität. Die Überzeitlichkeit wissenschaftlicher Texte kann aber zur Perpetuierung der darin enthaltenen Aussagen führen und damit eine – immer notwendige – wissenschaftliche Diskussion erschweren.

Man könnte meinen, die vorstehenden Aussagen betreffen Quelleneditionen nicht. Geben sie doch nur wieder, was an primären Texten in den Archiven gefunden werden kann. Doch zeigt uns nicht zuletzt die hansische Wissenschaftsgeschichte, wie auch Quelleneditionen von Leitbildern getragen werden können, die sodann in die darauf aufbauenden Texte einfließen können.<sup>1</sup>

Ein Standardwerk für die hansische (Rechts-)Geschichte ist Ebels Sammlung der Lübecker Ratsurteile. Umfassende Diskussionen dieser Edition fehlen. Ich halte dies aus mehreren Gründen für ein Problem. Einerseits werfen die Editionsgrundsätze Ebels schwerwiegende Fragen auf, die durch neuere Forschungsansätze noch vergrößert werden. Andererseits hinterlassen die Entstehungsumstände ein mindestens ungutes Gefühl. Entgegen Ebels eigener Darstellung, die weitere Forscher lange unkritisch tradierten, entstand die Edition nicht nur aus wissenschaftlichem Interesse. Der im Nationalsozialismus herausragend exponierte Ebel arbeitete an der Edition im Auftrag des SS-Ahnenerbes. Ob die von Ebel auch zuweilen publizistisch vertretene NS- und SS-Ideologie die Edition beeinflusste, wissen wir nicht. Dies ist ein schwerwiegendes Forschungsdesiderat. Dieser Aufsatz kann diese Lücke nicht schließen. Es werden aber Fragen formuliert, die wünschenswerterweise die weitere Forschung anregen können.

## 2 Zur Person Ebels<sup>2</sup>

Juristen sind notwendig staatsnah. Ihr wissenschaftlicher Gegenstand, das Recht, ist ein (vornehmlich) staatlicher. Diese Staatsnähe ist in Zeiten staatlicher Diktatur gefährlich. Ebel machte im Nationalsozialismus Karriere, wenngleich

---

<sup>1</sup> Ich greife beispielhaft heraus: Behrmann 2003; Kypta 2011.

<sup>2</sup> Der nachfolgende Abschnitt basiert auf Ergebnissen und Ausführungen meiner Dissertation, Groth 2016, S. 124 ff., 191 ff. und 195 f. Biographische Angaben zu Ebel bei: Landwehr 2008; Schumann 2008, S. 78 Anm. 41; Petersohn 2001; Einordnung bei Schäfer 2015, S. 381.

er nur wenig publizierte. Ob er auch durch den Nationalsozialismus Karriere machte, ist nicht sicher nachweisbar, aber wahrscheinlich. Gleichwohl erteilte ihn nicht das Schicksal einiger anderer prominenter Rechtswissenschaftler, die aufgrund ihrer Verstrickungen in den Nationalsozialismus nicht oder nicht in vergleichbarer Weise an die Hochschulen zurückkehren konnten. Dies überrascht, da Ebel einer der am stärksten exponierten Rechtswissenschaftler im Nationalsozialismus war. Es spricht einiges dafür, dass die Gründe für die gelungene Entnazifizierung einerseits in seiner geringen Publikationstätigkeit, andererseits am Eintreten anderer Wissenschaftler, die im Hansischen Geschichtsverein tätig waren, lagen.

Zunächst zu den äußeren Daten in Ebels Biographie: Wilhelm Ebel (1908 – 1980), Rechtshistoriker (insbesondere zum Lübisches Recht), war vor allem in Göttingen tätig. Nach seiner Habilitation in Bonn<sup>3</sup> nahm er von 1936 – 1938 Lehrstuhlvertretungen in Marburg, Königsberg und Rostock wahr. Im Jahr 1939 wurde er nach Göttingen berufen; die Lehrtätigkeit war von 1945 bis 1952 unterbrochen. Er wurde 1965 emeritiert, blieb aber bis 1978 Direktor des Universitätsarchivs. Seit 1933 war er Mitglied der NSDAP (Mitgliedsnummer: 3 144 638) und des Nationalsozialistischen Deutschen Dozentenbundes (NSDDB), seit 1934 Mitglied des Nationalsozialistischen Rechtswahrerbundes (NSRB). Er meldete sich freiwillig zur Waffen-SS (Totenkopfstandarte), im Zuge seiner Tätigkeit für das Ahnenerbe wurde er in die allgemeine SS (SS-Nummer: 412 188) aufgenommen. Nach einem Lehrgang an der SS-Junkerschule in Bad Tölz 1943/44 wurde er zum Untersturmführer der Reserve bei der Waffen-SS befördert. Schließlich war er Vertrauensmann des Sicherheitsdienstes der SS (SD).

Seine Verbindungen zur SS und vor allem zum Ahnenerbe sind wichtig, um sein Editionsprojekt zu den Lübecker Ratsurteilen einzuordnen. Im Jahre 1941 erfolgten Kommandierungen zunächst an das Führungshauptamt-SS und schließlich zum Rasse- und Siedlungshauptamt (RuSHA). Ebel sollte

<sup>3</sup> Siehe zur Bonner Zeit statt allen: Schmoeckel 2008, S. 84 Anm. 20, 92, 111 f. Aus der wissenschaftlichen Gemeinschaft können noch immer Episoden aus dem Leben Ebels genommen werden. Diese betreffen auch die Bonner Zeit Ebels. Sie sind nach meiner Ansicht nicht für die Argumentation dieses Aufsatzes entscheidend. Aus den zugänglichen Akten des Universitätsarchivs in Bonn konnte ich für meine Argumentation nichts entnehmen. Die Akten dokumentieren lediglich eine zunächst kritisierte (leichte) Mangelhaftigkeit von Ebels Habilitation, die für einige Wochen seine Bewerbung um die Dozentur hinderte. Im Übrigen sind sie organisatorischer Art und geben Aufschluss über die finanziellen Aspekte von Ebels Tätigkeit dort. Sollten die – mündlich tradierten – Episoden aus Ebels Leben das bisher schriftlich fixierte Bild revidieren oder anders konturieren können, wäre eine schriftliche Niederlegung dieser Vorkommnisse sehr zu begrüßen. Gewisse Andeutungen verstreut bei Rückert 1995, S. 343 ff.

dabei „Fragen des Erbhandwerkerrechts und des Siedlerrechts bearbeiten“,<sup>4</sup> wobei keine Ergebnisse überliefert sind. 1942 erfolgte eine Kommandierung zum SS-Ahnenerbe, die tatsächliche Versetzung zögerte sich über ein Jahr hin, da seine vorherigen Arbeiten als zu theoretisch aufgefasst wurden und daher Bedenken gegen die Versetzung bestanden.<sup>5</sup> Im Dezember 1942 verfasste Ebel einen Anfangsbericht über seine beabsichtigte Tätigkeit im SS-Ahnenerbe, den er an den Reichsgeschäftsführer des SS-Ahnenerbes, Wolfram Sievers (1905 – 1948; hingerichtet im Rahmen der Nürnberger Prozesse), sandte. Dieser Anfangsbericht wird später näher aufgegriffen werden (unten 4.1 und 4.3).

Die Überlieferungen zu Ebels Tätigkeit im SS-Ahnenerbe sind fragmentarisch. Es lässt sich aber rekonstruieren, dass Ebel mit Unterstützung des SS-Ahnenerbes nach Reval reiste.<sup>6</sup> Vermutlich konnte er dadurch seine späteren Arbeiten zu den Revaler Quellen<sup>7</sup> vorbereiten. Ob eine erwähnte Reise im Juni 1944 nach Flandern, auch zum Ankauf von einer „amtlichen Sammlung der belgischen und niederländischen Costoumen“ noch stattfand,<sup>8</sup> lässt sich hingegen nicht belegen.

Der erwähnte Lehrgang an der SS-Junkerschule in Bad Tölz war nicht Ebels einziger Aufenthalt dort. Wohl im Herbst 1943 hielt Ebel an selber Stelle einen Vortrag über „Rasse und Recht in germanischer Zeit“.<sup>9</sup> Der Vortrag bedient in herausragender Weise die NS- und SS-Ideologie. In dem Vortrag wird über „[g]ermanisches Rechtsdenken“ (welches angeblich nicht rechne) schwadroniert und der Göttinger Rechtshistoriker berichtet von dem „Ziel der germanischen Rache“; dieses Ziel sei „die Genugtuung, [...] die Tötung des Feindes. [...] Ehre kann nur mit Blut wieder hergestellt werden. [...] Man läuft nicht zu einem Richter und jammert, ‚klagt‘ dort. Man holt seine Ehre

---

<sup>4</sup> Bundesarchiv (BArch) RS (ehem. Berlin Document Center [BDC]) Sig. B0073, ab 1015, hier 1100, Ersuchen zur Kommandierung Ebels zum RuSHA vom 07.08.1941.

<sup>5</sup> BArch DS (ehem. BDC) Sig. G0116, ab 0019, hier 0044, 0052, 0080, Briefwechsel zwischen dem Reichsgeschäftsführer des SS-Ahnenerbes, Wolfram Sievers und SS-Obersturmbannführer Dr. Brandt im Persönlichen Stab des Reichsführer-SS.

<sup>6</sup> BArch DS (ehem. BDC) Sig. G0116, ab 0019, hier 0048-0050. Unter dem Briefkopf des Reichsgeschäftsführers (Sievers) wird beim Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums, Sammelstelle für baltendeutsches Kulturgut, am 14.01.1943 nach Abzügen von Fotokopien von Revaler Archivalien angefragt. Das Schreiben schließt damit, „daß der Reichsführer-SS persönlich an den Fortführungen der Arbeiten sehr interessiert ist“.

<sup>7</sup> Ebel 1951; Ebel 1952a.

<sup>8</sup> BArch DS (ehem. BDC) Sig. G0116, ab 0019, hier 0090, Brief des SS-Ahnenerbes an Ebel vom 14.06.1944.

<sup>9</sup> Ebel 1944. Übrigens enthält der Band einen Artikel von Rörig, der nicht in vergleichbarer Weise ideologisch gefärbt ist, wenngleich auch nicht ideologiefrei ist: Rörig 1944.

wieder“.<sup>10</sup> Ob Ebel dieses Gedankengut teilte oder ob der Vortrag „nur“ Ausdruck eines opportunistischen Karrierismus ist, kann nicht mit letzter Sicherheit nachgewiesen werden. Diese Frage dürfte auch für die Bewertung der Edition sekundär sein, wie ich später darlegen möchte.

Das Kriegsende brachte jedenfalls für den Untersturmführer der Reserve bei der Waffen-SS Ebel eine Zäsur. Bis August 1947 blieb er interniert und hatte sich danach einem Entnazifizierungsverfahren zu stellen. Als Mitglied einer verbrecherischen Organisation (Waffen-SS) musste Ebel auch persönliche Konsequenzen in einem Spruchgerichtsverfahren fürchten, doch wurde dieses Verfahren im November 1948 wegen Geringfügigkeit eingestellt.<sup>11</sup> Das Entnazifizierungsverfahren hätte die wissenschaftliche Karriere von Ebel beenden können. Eine Einstufung mindestens in Kategorie III hätte zu einem Publikationsverbot geführt. Ebel bemühte sich daher, eine Einstufung in Kategorie IV oder gar Kategorie V zu erreichen, die eine solche Sanktion nicht nach sich gezogen hätte. Dabei unterstützten ihn Gustav Korlén und Ahasver von Brandt<sup>12</sup> mit Gutachten,<sup>13</sup> die die wissenschaftliche Qualität der Arbeiten Ebels herausstellten. Das Verfahren endete im März 1949 mit einer Einstufung in Kategorie IV. Ausweislich eines Vermerks sei die Einstufung erfolgt, da ansonsten die wissenschaftliche Publikationstätigkeit zu untersagen gewesen wäre: „Die besondere wissenschaftliche Qualität von E.[bel] steht aber ausser Frage; bemerkenswert sind seine Beziehungen insbesondere zu schwedischen Wissenschaftlern in denen der Hansischen Geschichtsforschung. Es würde nicht im Interesse der deutschen Beziehungen zu den entsprechenden Kreisen in Skandinavien liegen, wenn diese schätzenswerten Verbindungen unterbrochen werden müssten. Nachdem das meiste archivalische Material durch Kriegseinwirkung zu Grunde gegangen ist, ist E.[bel] in Fragen der

<sup>10</sup> Ebel 1944, 169 f.

<sup>11</sup> Niedersächsisches Landesarchiv Hannover, Außenstelle Pattensen (NLA), Nds. 171 Hild. Nr. 16813, H-VE/Gö-St Nr. 11490 Bl. 75, Abschrift eines Schreibens vom Leiter der Anklagebehörde bei dem Spruchgericht an Ebel vom 19.11.1948.

<sup>12</sup> Ahasver von Brandt (1909 – 1977), Historiker und Archivar, zunächst Studium der Rechtswissenschaften in Kiel, baldiger Wechsel zur Geschichtswissenschaft mit Nebenfächern Deutsch und Philosophie. Promotion 1934 bei Rösig. Ab 1936 wissenschaftlicher Hilfsarbeiter am Lübecker Archiv auf Vermittlung Röigs. Seit 1937 Mitglied der NSDAP. Militärdienst 1939 – 1945 als Reserveoffizier der Marineartillerie. Ab 1946 faktischer Leiter des Lübecker Archivs; Ernennung zum Archivdirektor erst 1958, da Mitgliedschaft in der NSDAP. Ab 1948 Vorstandsmitglied im HGV. Ab 1949 Vorsitzender des Vereins für Lübeckische Geschichte und Altertumskunde. 1955 Honorarprofessor in Hamburg, 1962 Ordinarius in Heidelberg (Mittelalterliche und Neuere Geschichte). Zu ihm: Graßmann 2009.

<sup>13</sup> NLA, Nds. 171 Hild. Nr. 16813, H-VE/Gö-St Nr. 11490 Bl. 133 f., Brief Korléns vom 20.02.1949 und von Brandts vom 16.02.1949.

mittelalterlich-hansischen Geschichtsforschung und ihrer Beziehung zu den Nordländern ein nicht zu ersetzender Spezialist“.<sup>14</sup>

Nach der erfolgreichen Entnazifizierung gelang Ebel ein – wie er es selbst nannte – „comeback“. Nur wenige Monate nach der erfolgreichen Entnazifizierung hielt Ebel einen Vortrag über hansisches Recht vor dem Hansischen Geschichtsverein.<sup>15</sup> Die Erinnerung an Ebels SS-Verbindungen war noch nicht erloschen. Fritz Rörig<sup>16</sup> schrieb dazu an seinen engen Schüler von Brandt:

„Das Thema: Hansisches Recht könnte etwas bedeuten, wenn ich auch von dem Redner nicht so besonders viel erwarte. Ist der Redner denn wieder aktiver Dozent? M.W. war gerade er erheblich belastet.“<sup>17</sup>

Der Vortrag gefiel Rörig aber offenbar gut. Rörig fragte bei Ebel an, ob dessen Vortrag in den Hansischen Geschichtsblättern veröffentlicht werden könnte. Ebel musste ablehnen, er habe eine schnelle Veröffentlichung vorgezogen. Ebel führte aus: „Ich musste dies tun, einmal wegen meines comeback, vor allem aber um meine Subsistenz- u. Arbeitsmöglichkeiten für das darin entwickelte Programm bei den zuständigen Stellen (Notgemeinschaft, Ministerium) lose zu machen. Erfolg ist wahrscheinlich.“<sup>18</sup>

Ein wichtiger Teil dieses „comebacks“ dürfte dabei dem Hauptgegenstand der Untersuchungen Ebels zugekommen sein: Den Lübecker Archivalien. Um diese soll es nunmehr gehen.

---

<sup>14</sup> NLA, Nds. 171 Hild. Nr. 16813, H-VE/Gö-St Nr. 11490 Bl. 173 und folgende, nicht nummerierte Seite, Protokoll der Sitzung vom 01.03.1949 mit Vermerk. Ebenfalls bei Schumann 2008, S. 117 Anm 197.

<sup>15</sup> Ebel 1949.

<sup>16</sup> Fritz Rörig (1882–1952), Historiker, wohl der einflussreichste Hansehistoriker in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Studium in Tübingen, Leipzig, Göttingen. Promotion 1905 bei Seeliger. Archivassistent in Metz. 1911 Zweiter Archivar in Lübeck. 1918 außerordentlicher Professor in Leipzig, 1923 ordentliche Professur in Kiel, 1935 Berufung nach Berlin. Mitglied im wissenschaftlichen Beirat der Gesellschaft für europäische Wirtschaftsplanung und Großraumwirtschaft e.V. (nationalsozialistischer think tank unter Leitung von Werner Daitz; letzterer war zeitweilig Vorstandsmitglied im HGV; weitere Mitglieder des Beirats u. a. Carl Schmitt und Reinhard Höhn, s. dazu auch Stubbe da Luz 2005/2006, S. 338–339). Kein NSDAP-Mitglied. Langjähriges HGV-Vorstandsmitglied (1925–1952). Zusammen mit Reincke ab 1938 für die HGBll. verantwortlich. Herausragende Schulbildung (u. a. Ahasver von Brandt). Biographische Angaben: Noodt 2007; von Brandt 1952; Ebel 1953.

<sup>17</sup> Archiv der Hansestadt Lübeck (AHL), Nachlass (NL) Rörig, Nr. 67, Konvolut von Brandt, Brief Rörigs vom 27.11.1948.

<sup>18</sup> AHL, NL Rörig, Nr. 40, Konvolut Ebel, Postkarte Ebels vom 07.08.1949.



### 3 Die Editionsgrundsätze der Lübecker Ratsurteile und ihre Probleme

Ebel veröffentlichte den ersten Band der Lübecker Ratsurteile 1955. In der zehnsseitigen Vorbemerkung legte er die Editionsgrundsätze dar.

Zunächst sollte beachtet werden, dass Ebel eine Auswahl hinsichtlich der zu veröffentlichenden Ratsurteile traf. Die genaue Anzahl der überlieferten, noch erhaltenen Ratsurteile konnte er nicht angeben, er schätzte sie auf „mehrere Tausend“.<sup>19</sup> Er habe aus dem Niederstadtbuch nur diejenigen ausgewählt, „die wesentlich, inhaltsreich und vor allem aus sich verständlich erschienen; es mußten also die vielen im NStB [Niederstadtbuch] enthaltenen Zwischenurteile, etwa Terminsverlegungen [sic!], Zeugenaussagen u. ä., und allzu häufige Wiederholungen von inhaltsgleichen Urteilen in gleich oder ähnlich gelagerten Sachen vermieden werden.“<sup>20</sup> Seine eigene Sammlung umfasse 3.000 Urteile.<sup>21</sup> Dies entspricht ziemlich genau der Anzahl der Ratsurteile in den ersten drei Bänden (2.980). Der vierte Band bringt dann 550 weitere Ratsurteile. Er habe bereits vor dem Kriege beschlossen, die Lübecker Ratsurteile zu sammeln und zu veröffentlichen.<sup>22</sup> Ursprünglich sollte die Urteilssammlung bis zum Jahr 1600 reichen, dies habe er allerdings nicht realisieren können.<sup>23</sup> Bereits diese Auswahl ist problematisch, da ihr Umfang nur durch einen sorgfältigen Abgleich mit den Originalen abschätzbar ist.

Wenn Ebel nur die „wesentlichen“ Ratsurteile aufnahm, fragt sich, wie er diesen Begriff definierte. Spielten gewisse Vorannahmen über das Lübische Recht eine Rolle? Wir wissen es nicht. Einschränkend ist zu bemerken, dass Ebel kein unkritischer Konstruktivismus in Bezug auf das Lübische Recht unterstellt werden kann. Ebel setzte sich in der Vorbemerkung zum dritten Band mit Forderungen an das Sachregister auseinander. Die Ausführungen sind für sein Verständnis des mittelalterlichen Rechts aufschlussreich: „Die Zulänglichkeit des Registers in rechtshistorischer Hinsicht kann nicht gut angezweifelt werden, wenn man bedenkt, daß es für das wirkliche Verständnis mittelalterlichen Rechts um so besser ist, je weniger es in Begriffe des heutigen Rechts zerlegt wird.“<sup>24</sup> Die Sachregister, die sich an (damals) moderner juris-

<sup>19</sup> Ebel 1955, S. VI.

<sup>20</sup> Ebel 1955, S. XIII.

<sup>21</sup> Ebel 1955, S. XIV.

<sup>22</sup> Ebel 1955, S. XII.

<sup>23</sup> Ebel 1955, S. XIII.

<sup>24</sup> Ebel 1958, Vorbemerkung, unpaginiert.

tischer Terminologie orientieren,<sup>25</sup> sollten somit nicht vorschnell als Ausweis eines anachronistischen Geschichtsverständnisses interpretiert werden. Ebel war sich – wie ich in anderen Zusammenhängen bereits dargelegt habe<sup>26</sup> – durchaus der daraus resultierenden, konstruierenden Vorgehensweise bewusst. Dennoch greift die gegenteilige Interpretation seiner Vorgehensweise – eine Darstellung der tatsächlichen geschichtlichen „Wirklichkeit“ – zu kurz. Dies liegt bereits an der notwendig konstruierenden Begriffsbildung. Die Quellen als solche konstituieren keine geschichtliche „Wirklichkeit“, erst unsere Interpretation erschafft Thesen, wie es – um ein Diktums Rankes abzuwandeln – eigentlich gewesen sein könnte. Diese Begriffsbildung verknüpft sich mit Ebels Absicht, mit Hilfe der Edition eine Darstellung des materiellen Lübschen Rechts zu schreiben. Mag er auch bestrebt gewesen sein, so wenig wie möglich durch moderne juristische Terminologie in das mittelalterliche Recht einzugreifen, konnte er diese Forderung doch nicht erfüllen. Dies möchte ich nicht als Vorwurf verstanden wissen. Ein heutiger Forscher konstruiert ebenso ein Geschichtsbild. Aber bereits die bis in die Vorbemerkung des vierten Bandes auftauchende Bemerkung, er habe die Wiedergabe „von inhaltsgleichen Urteilen in gleich oder ähnlich gelagerten Sachen vermieden“,<sup>27</sup> lässt Fragen unbeantwortet: Wann sind Urteile inhaltsgleich? Wann ist die Sache gleich? Insbesondere: Wie musste der Grad der „Ähnlichkeit“ beschaffen sein, um eine Nichtaufnahme zu rechtfertigen? Vielleicht wäre ein anderer Forscher zu dem Ergebnis gelangt, zwei Urteile seien nicht ähnlich genug, um eines wegzulassen. Wir können diese Fragen formulieren, weil Ebel seine Auswahl nicht erläuterte. Diese Fragen zeigen zudem, dass ein genauer Abgleich zwischen Edition und Quellen unerlässlich ist, um die tatsächliche Güte der Edition abzuwägen. Dieser Abgleich fehlt aber.

Warum interessierte sich Ebel nun für die Urteile und nicht beispielsweise für die Rechtshandschriften?

---

<sup>25</sup> Bloß beispielhaft greife ich aus dem 1. Band das unter Nr. 900 verzeichnete Urteil heraus, das Ebel im Sachregister unter „Kauf nach Probe“ einordnete und das von einem Hopfenkauf handelt. Im heutigen BGB gibt es nur noch einen Kauf *auf* Probe, § 454 BGB. Nach § 454 Abs. 1 S. 2 BGB steht der Kauf im Zweifel unter der aufschiebenden Bedingung der Billigung. Bis zum 31.12.2001 gab es zusätzlich einen Kauf nach Probe, § 494 BGB a.F. Die Norm wurde ersatzlos gestrichen, da sie mit Wegfallen der „zugesicherten Eigenschaft“ ihren Anwendungsbereich verlor. Der Kauf nach Probe ist zwar weiterhin anerkannt, aber nicht mehr ausdrücklich geregelt; siehe dazu Westermann 2016, vor § 454 Rn. 2 f. Es handelt sich um einen unbedingten Kaufvertrag, bei dem der Verkäufer durch die Probe eine Zusage trifft, die eine Beschaffenheitsvereinbarung oder Garantie darstellt. Siehe zu wertenden Aspekten in Ebels Edition auch Cordes 2008, S. 170.

<sup>26</sup> Groth 2016, S. 261 ff.

<sup>27</sup> Ebel 1967a, S. VIII.

Einerseits behauptete Ebel, die lübischen Handschriften würden „nur einen verhältnismäßig geringen Teil des zu ihrer Zeit wirklich geltenden Rechts enthalten“.<sup>28</sup> Überdies gebe es eine Lücke in den überlieferten Handschriften, da einige aus dem 13. und 14. Jahrhundert stammen, danach sei aber erst wieder das revidierte Stadtrecht von 1586 überliefert, „sodaß gerade die Blütezeit der lübisch-hansischen Kultur, auch der Rechtskultur, in die mehrhundertjährige Lücke zwischen den normativen Stadtrechtsquellen fällt“.<sup>29</sup> Bereits hier deutet sich die Motivation für die Edition an. Es ging nicht lediglich um eine Edition; sie sollte die Grundlage für Darstellungen zum materiellen Lübischen Recht bilden.

Die Verknüpfung von Darstellung und Edition halte ich für ein epistemologisches Problem. Dies hängt mit der von Ebel in anderen Zusammenhängen vertretenden Prämisse zusammen, es gäbe die Möglichkeit, von den überlieferten Urteilen auf frühere Rechtsverhältnisse zurückzuschließen. Über die durch einen Stadtbucheintrag dokumentierten, verschriftlichen urteilsmäßigen Schulden – welche indes keine Ratsurteile sind – führte er aus: „was sie mit leichter Feder mitteilen, wird zwar jetzt erst verzeichnet, hat aber immer schon gegolten“.<sup>30</sup> Zugegeben: Diese Passage und die weiteren Ausführungen in der Vorbemerkung betreffen nicht die Ratsurteile als solche. Da Ebel – wie ich in meiner Dissertation darlegte<sup>31</sup> – aber allgemein die Urteile für eine Rekonstruktion des (materiellen) Rechts gebrauchen wollte, sollte diese Prämisse immer mitbedacht werden. Sie stützt überdies seine Motivation für die Edition der Ratsurteile. Letzthin ist diese Prämisse zwingend, wenn Ratsurteile von 1421 – 1550 (geplant sogar bis 1600) ediert werden. Sicherlich ging Ebel nicht davon aus, das Recht sei in dieser Zeit ausnahmslos starr geblieben. Wenn die Darstellung des materiellen Lübischen Rechts aber das eigentliche Ziel der Arbeit ist, ist es unumgänglich eine rechtliche Kontinuität innerhalb der Ratsurteile zu behaupten. Für Ebel dürfte von vornherein ein umfassendes negatives Ergebnis in der Darstellung ausgeschlossen gewesen sein. Seine Arbeit wäre (aus seiner Sicht) sinnlos gewesen, wenn sich herausgestellt hätte, dass die Urteile nicht von einer (wenigstens im Großen und Ganzen) einheitlichen rechtlichen Linie getragen gewesen wären. Gerade daher ist es unumgänglich, die Wechselwirkungen zwischen Edition und Darstellung zu untersuchen. Später (unten 6.2) möchte ich auf die Methode, anstelle der Rechtshandschriften die Ratsurteile zu edieren, zurückkommen und darlegen,

<sup>28</sup> Ebel 1955, S. V.

<sup>29</sup> Ebel 1955, S. V.

<sup>30</sup> Ebel 1955, S. IX.

<sup>31</sup> Groth 2016, S. 263 ff.

dass hierin ein abweichendes Verständnis zu den Ansichten anderer Rechtshistoriker in Reihen des Hansischen Geschichtsvereins gesehen werden kann.

An dieser Stelle möchte ich beispielhaft aufzeigen, warum die Annahmen Ebels hinsichtlich der Edition zu kurz greifen könnten. Dafür greife ich auf ein Werk zurück, das zwar vor der Edition erschien, gleichwohl darauf aufbaut. Zu Beginn der 1950er veröffentlichte Ebel Arbeiten zum Lübisches Recht, darunter auch ein Werk zum Lübisches Kaufmannsrecht.<sup>32</sup> Im Abschnitt zum Kaufrecht widmete er sich dem Kauf vor Augen.<sup>33</sup> Bereits im ersten Absatz werden das Ziel seiner Edition und die allgemeinen Prämissen zum mittelalterlichen Recht deutlich. Er wolle nicht den Kauf „in voller Breite und allen Einzelheiten“ hier darstellen, denn dies hieße „oft Bekanntes [zu] wiederholen“. Schließlich sei der Kauf „im hansisch-lübisches Recht nicht anders geregelt als im Mittelalter auch anderswo“. Aus „der Urteilspraxis des Lübecker Rats und anderer lübisches Gerichte“ sollten „neue Einsichten oder zumindest wichtige Ergänzungen der statutarischen Überlieferung“ gewonnen werden.<sup>34</sup>

Die Vorschriften zum Kauf vor Augen gründete er auf den „alten Marktkauf“. Es habe „zum Stil des primitiven Marktverkaufs [gehört], dass Misstrauen die Szene beherrscht“. Ebel folgerte: „Darum gehört es auch zum Stil des alten Kaufrechts, dass der Käufer an seinem Schaden selber schuld ist, wenn er die gekaufte Sache an sich genommen hat, ohne sie zu prüfen.“<sup>35</sup> Eine entsprechende Rechtsregel meinte er bereits um das Jahr 1000 bei Notker dem Deutschen nachweisen zu können, sie könne im alten Stadtrecht von Visby und im deutsch-russischen Handelsvertrag von 1228 gefunden werden.<sup>36</sup> Sodann wechselte Ebel auf das Lübisches Recht. Im Grundsatz habe das Lübisches Recht den Kauf vor Augen anerkannt, mit Einschränkungen auch noch im Revidierten Stadtrecht von 1586.<sup>37</sup>

Die Pflicht zur Kaufpreiszahlung habe indes zwei Voraussetzungen: „[D]er Käufer muss die Ware besehen und sie hinweggetragen haben.“ Sodann führte er angebliche Nachweise aus den Ratsurteilen an, beginnend 1479 und endend 1549.<sup>38</sup>

---

<sup>32</sup> Ebel 1952b.

<sup>33</sup> Ebel 1952b, S. 9–13.

<sup>34</sup> Alle bisherigen Zitate: Ebel 1952b, S. 9.

<sup>35</sup> Alle bisherigen Zitate: Ebel 1952b, S. 9.

<sup>36</sup> Ebel 1952b, S. 9.

<sup>37</sup> Ebel 1952b, S. 9 f.

<sup>38</sup> Ebel 1952b, S. 10–12.

Ebel präsentierte uns also Fälle aus einem Zeitraum von 80 Jahren, behauptete aber eine jahrhundertelange Kontinuität. Ob die Rechtsregeln tatsächlich gleich blieben, brauchte er nicht nachzuweisen, denn dies setzte er letztlich voraus. Die Ratsurteile dienen dann lediglich als Illustration, sodass die fehlenden Ratsurteile aus früherer Zeit vermeintlich nicht weiter schwer wiegen. Wozu sich Ebel indes nicht verhielt, wenngleich es sich dabei nicht um eine rein rechtshistorische Frage handelt, ist, warum es überhaupt zu Rechtsstreitigkeiten kam. Führen wir uns seine Prämissen vor Augen: Mindestens seit dem Jahr 1000 habe es über Jahrhunderte hinweg strenge Rechtsregeln zum Kauf vor Augen gegeben. Ebel ging überdies von einem informierten Kaufmann aus. An anderer Stelle behauptete er, was Kaufmannsgut gewesen sei, „brauchte in einer vom Kaufmann regierten Welt nicht definiert zu werden“.<sup>39</sup> Der Kaufmann habe also diese einfachen Rechtsregeln beherrschen können. Wenn es diese Rechtsregel aber gab und wenn der Lübecker Rat über das materielle Recht befand, wieso erhob ein „Käufer von vier Fass Einbecker Biers deswegen Klage [...], weil ‚ein vath ungudich und vath-ful were‘“?<sup>40</sup> Ebel setzte mit dieser Formulierung voraus, dass es nicht um Beweisfragen ging („deswegen“ Klage erheben). Die Klage musste aber von Anfang an offensichtlich erfolglos sein, weil nach Ebel „in Lübeck an diesem alten Marktrechtsgrundsatz tatsächlich“ festgehalten worden sei.<sup>41</sup> Nach den Angaben Ebels gab es indes keine Rechtsregel, die dem Käufer hier hätte weiterhelfen können. Zwar habe das Lübische Recht eine „Wandlung“ des Kaufvertrags anerkannt, wenn ein Betrugsfall vorgelegen habe,<sup>42</sup> doch im angegebenen Fall stützt die Klage sich nach Ebel nicht hierauf.

Schlagen wir das Urteil in der Edition nach, offenbaren sich weitere Probleme. Das Sachregister des hier einschlägigen zweiten Bandes enthält den Kauf vor Augen nicht. Verzeichnet ist das Urteil unter der Überschrift: „Mängelrüge beim Kauf. Verwirkung durch Probe“.<sup>43</sup> Ebel ordnete das Urteil damit rechtlich anders ein. Denn Verwirkung führt – wenn wir den modernen juristischen Gebrauch zu Grunde legen<sup>44</sup> – zu anderen Rechtsfolgen als der Kauf vor Augen, wie Ebel ihn verstand. Verwirkung setzt zunächst das Entstehen eines Rechts voraus, das dann aufgrund bestimmter Voraussetzungen untergeht oder nicht mehr ausgeübt werden kann. Bei

<sup>39</sup> Ebel 1952b, S. 16 (der Lübecker Rat tat es dann gleichwohl, siehe dort).

<sup>40</sup> Ebel 1952b, S. 10.

<sup>41</sup> Ebel 1952b, S. 10.

<sup>42</sup> Ebel 1952b, S. 11. Mit dem Ausdruck „Wandlung“ bediente sich Ebel einer (damals) modernen Terminologie. Heute kennt das BGB nur noch ein Rücktrittsrecht in Form eines Gestaltungsrechts.

<sup>43</sup> Ebel 1957, S. 220 f., Nr. 435.

<sup>44</sup> Siehe dazu Schubert 2016, § 242 Rn. 290 ff.; 356.

einem Kauf vor Augen entsteht aber bereits kein Recht. Von einem Juristen kann erwartet werden, dass er diesen Unterschied kannte. Warum waren aber unterschiedliche Interpretationen möglich? Aus dem Eintrag ergibt sich, dass der Rat eine Entscheidung nach einem Urteil des Niedergerichts ausgab. Da der Kläger das Bier probiert, zur Genüge in seinen Keller empfangen und bezahlt habe, müsse es dabei bleiben. Wir ersehen somit, dass Ebel das Urteil in seinem Aufsatz mindestens kreativ interpretierte. Zum Kauf vor Augen verhält sich das Urteil gerade nicht. Ich möchte hier nicht in Frage stellen, ob und inwieweit im Mittelalter oder in Lübeck der Kauf vor Augen tatsächlich galt.<sup>45</sup> Vielmehr erscheint mir die Entscheidung über diese (vermeintlich) simple Regel hinauszugehen. Wenn es diese Regel gab, hätte sich der Rat damit begnügen können, auf die Möglichkeit der Prüfung und den Empfang des Bieres abzustellen. Stattdessen wird auf die erfolgte Prüfung, den Empfang und die Zahlung abgestellt. Verschiedene Interpretationen sind deshalb möglich, weil wir den Sachverhalt des Urteils nicht kennen. Es ist aus dem Urteil nicht erkennbar, wann der Käufer das Bier probieren konnte. Sollte der Käufer die Möglichkeit gehabt haben, das Bier beim Verkäufer zu probieren, ließe sich das als Kauf vor Augen deuten. Sollte es sich indes um eine Bestellung gehandelt haben und eine Probe erst beim Käufer erfolgt sein, könnten weitere Momente („zur Genüge empfangen“, bezahlen) eine Verwirkung begründet haben.

Nun ließe sich einwenden, diese Ungenauigkeiten beträfen möglicherweise die Arbeiten zum Lübisches Recht, aber nicht die Edition. Es besteht indes eine Wechselwirkung mit der angesprochenen Selektion. Ebel beschränkte sich auf die Ratsurteile im Niederstadtbuch und negierte damit, dass andere Texte uns ebenfalls etwas über das Lübische Recht sagen können. Damit schloss Ebel wahrscheinlich einen Großteil der Eintragungen im Niederstadtbuch aus. Für den Zeitraum von 1478 – 1495 stellte von Seggern fest, dass Ebel nur 8,6% des Materials verwendete.<sup>46</sup> Einen Nachweis für die Unergiebigkeit der übrigen 91,4% an Texten lieferte Ebel uns nicht. Möglicherweise könnten uns andere Textgattungen mehr über die Umstände des Urteils sagen. Da Ebel diese aber als unergiebig einstufte, bleiben Interpretationsmöglichkeiten, die über Annahmen zum Lübisches Recht aufgefüllt werden können.

Methodisch nähert sich dieses Vorgehen einem Zirkelschluss: Der Kauf vor Augen wird als alte, tradierte Rechtsregel vorausgesetzt. Urteile, die nur für einen beschränkten Zeitraum angegeben werden können und die sich mit eigentlich unnötigen Rechtsfragen beschäftigen, dienen als Beleg für diese

---

<sup>45</sup> Dazu beispielsweise Gustafsson 2013, S. 140.

<sup>46</sup> Von Seggern 2016, S. 47.

Rechtsregel. Wenn Ebel aber mit diesen Vorstellungen vom mittelalterlichen Recht an die Editionstätigkeiten heranging, ist es nicht ausgeschlossen, dass vermeintlich abweichende Urteile oder andere Texte übergangen oder marginalisiert wurden.

Wie angesprochen, ist es vor allem die Beschränkung auf Ratsurteile, die die Edition hinsichtlich ihres angedachten Zwecks (Grundlage für eine Darstellung des materiellen Rechts) problematisch macht. Damit ging er offenbar davon aus, dass andere Teile des Niederstadtbuchs oder gänzlich andere Quellen uns nichts über das materielle Lübische Recht sagen können. Diese Annahme dürfte heute differenzierter gesehen werden. Jörn beschäftigte sich mit Fragen zum Lübischen Recht und griff dabei auch die Edition Ebels auf.<sup>47</sup> Darin machte er verschiedene Forschungsdesiderata in Bezug auf die von Ebel edierte Zeit aus, insbesondere eine Differenzierung der „Inanspruchnahme des Oberhofes für bestimmte Zeiträume nach einzelnen Städten sowie nach Prozeßgegenständen“ und „wie lange die Mittelhöfe eine Rolle spielten“.<sup>48</sup> Weiter führte er aus: „Bezöge man neben den Entscheidungen des Oberhofes die Unzahl von Vollmachten, Bestätigungen, Nächstzeugnissen und Bürgschaften aus Städten aus allen Teilen des Alten Reiches, Schwedens, Dänemarks, der Niederlande, Preußens, Kur- und Livlands in die Auswertung des Niederstadtbuches mit ein, erhielte man aus dieser Quelle nicht nur Aufschluß über rechtliche Beziehungen einzelner Städte zu Lübeck und Wirken des lübischen Rechts im 17. Jahrhundert.“ Es könne auch eine Erklärung gegeben werden, warum Lübeck „als diplomatischer Partner akzeptiert und weiterhin in die Gestaltung von Verträgen einbezogen wurde“.<sup>49</sup> Diese Sichtweise hatte Ebel offenbar nicht. Möglicherweise ist die Beschränkung auf Ratsurteile untauglich, das materielle Lübische Recht – allgemeine Bedenken beiseitegelassen – umfassend darzustellen. Die Arbeiten von Seggerns zeigen, dass nicht nur aus Urteilen Rückschlüsse auf das geübte Recht (im weiteren Sinne) möglich sind.<sup>50</sup> Die Ergebnisse Ebels könnten daher ungenau oder unzutreffend sein. Selbst ohne politische Leitbilder (dazu sogleich) hätte sich dann eine editorische Prämisse (Ratsurteile als Quelle des materiellen Rechts) auf die auf der Edition aufbauende Forschung ausgewirkt.

<sup>47</sup> Jörn 2005. Ich danke Prof. Cordes für den Hinweis auf diesen Artikel.

<sup>48</sup> Jörn 2005, S. 371 Anm. 4.

<sup>49</sup> Jörn 2005, S. 380.

<sup>50</sup> Von Seggern 2013, zu den weiteren, rechtlich möglicherweise relevanten Quellenarten im Niederstadtbuch S. 211 – 219 und beispielsweise S. 214 Anm. 48, 216 Anm. 55 und Tabellen im Anhang. Siehe nunmehr von Seggern 2016, insbesondere S. 45 – 49, 153 – 157. Ich danke Prof. von Seggern für die anregende Korrespondenz über die Lübecker Archivalien.

#### 4 Die Umstände der Editionsarbeiten: Erbe der Ahnen unter Tage

Neben den bereits aus der Vorbemerkung erkennbaren Problemen sind es die Umstände der Edition, die bis heute nicht hinreichend gewürdigt worden sind. Ebel konnte die Edition und bereits zuvor die darauf aufbauenden Arbeiten zum materiellen Lübschen Recht nur veröffentlichen, weil er im Krieg Zugriff auf die Archivalien hatte, die ab 1942 in ein Salzwerk ausgelagert worden waren. Diesen Umstand betonten sowohl er selbst als auch seine Laudatoren. Die Beteiligten vergaßen oder verschwiegen dabei, dass die SS, insbesondere das SS-Ahnenerbe, die Arbeit förderte. Da sich Ebel selbst aktiv in der SS engagierte und die Ideologie zuweilen publizistisch vertrat, ist es nicht ausgeschlossen, dass diese Ideologie die Editionsarbeiten beeinflusste. Dieser Befund ist natürlich nicht sicher, da angesichts des Erscheinungsjahres (ab 1955) auch eine von NS-Ideologie freie Arbeit denkbar ist. Da aber eine Auseinandersetzung mit der Edition fehlt, kann ein Urteil bisher nicht gefällt werden. Dies ist ein schwerwiegendes Problem.

##### 4.1 Eigendarstellung und „Reichsführerbefehl“

Ebel stellte in der Vorbemerkung auch die Umstände der Arbeit an den Quellen dar. Entscheidend sind folgende Bemerkungen:

„Schon vor dem Jahre 1945 begegnete die von mir allein, ohne Auftrag, grundsätzlich ohne Hilfskräfte und – abgesehen von dem mir stets erwiesenen Entgegenkommen des Lübecker Archivs – ohne Unterstützung unternommene Aufsuche und Abschrift der Urteile in den Archiven der lübischen Städte gewissen Schwierigkeiten, die sich erheblich steigerten, als das Lübecker Archiv in ein Salzbergwerk nach Sachsen-Anhalt ausgelagert worden war. Doch konnte ich einen mehrmonatigen militärischen Arbeitsurlaub größtenteils dazu benutzen, im Auslagerungsort aus den dort lagernden Niederstadtbüchern und vom Cod. ord. Lub. Abschriften zu nehmen. Wenn sich auch die Aufarbeitung der NStB-Bände im Stollen tief unter Tage nach der Lagerung der Kisten und deren nicht der Zeitfolge entsprechendem Inhalt richten mußte, ist es doch der seitens der Archiv- wie der Bergwerksverwaltung hierzu erteilten Erlaubnis zu verdanken, daß auf diese Weise ein nicht unbeträchtlicher Teil von Ratsurteilen dem Inhalt nach erhalten geblieben ist.“<sup>51</sup>

Warum Ebel die Umstände überhaupt erwähnte, ist unklar. Seine Vorbemerkung hätte inhaltlich keine Lücke aufgewiesen, wenn er diese Ausführungen ausgelassen hätte. Da seine Verstrickungen in den Nationalsozialismus,

---

<sup>51</sup> Ebel 1955, S. XIII.



insbesondere seine Verbindungen zur SS, den damaligen Forschern (im Hansischen Geschichtsverein insbesondere Fritz Rörig und Hans Planitz<sup>52</sup> – beide indes vor 1955 bereits verstorben – daneben aber auch von Brandt und Georg Fink<sup>53</sup>) bekannt waren, musste ihm bewusst sein, dass jedenfalls dieses Publikum mit derartigen Ausführungen nicht zu beeinflussen war. Alle weiteren Überlegungen zu seiner Motivation sind notwendig spekulativ.

Die Darstellung bei Ebel ist geschönt. Dafür gab es aus seiner Sicht verständliche Gründe. Die Entnazifizierung gelang nur durch glückliche Fügungen, unter anderem trat von Brandt mit einem Gutachten für Ebel ein; seine Vergangenheit bei der SS hüllten er und andere Mitwisser bis in die jüngste Zeit unter den Mantel des Schweigens. Eine erneute Beschäftigung mit seiner SS-Vergangenheit konnte nicht in seinem Interesse liegen.

Ebel arbeitete nicht „ohne Auftrag“ an den Ratsurteilen. Er war Mitglied des Ahnenerbes der SS und in diesem Rahmen sollte er Urteile sammeln und veröffentlichen. Im Ahnenerbe sollte Ebel auf Befehl Himmlers die Erforschung des deutschen Rechts im Osten, insbesondere bezüglich des Lübschen Rechts, betreiben.<sup>54</sup> Im Oktober 1942 wurde Ebel zum Ahnenerbe kommandiert, zuvor hatte er bereits für das Rasse- und Siedlungshauptamt gearbeitet.<sup>55</sup> Bereits 1938 erklärte Ebel im Rahmen einer (gescheiterten) Bewerbung um eine Mitarbeit für das Forschungswerk „Wald und Baum“ gegenüber dem Ahnenerbe, er trage sich „schon seit längerem mit der Absicht [...], an einer planmäßigen Sammlung der noch in den Archiven ruhenden Weistümer zu arbeiten“.<sup>56</sup> Zwar sind Weistümer nicht mit Ratsurteilen vergleichbar, doch kann seine spätere Angabe, er habe bereits vor dem Kriege die Absicht gehabt, die Lübecker Ratsurteile zu sammeln, zutreffen.

<sup>52</sup> Hans Planitz (1882–1954), Rechtshistoriker, Promotion 1906 in Leipzig, Habilitation 1909 ebendort, 1913 Prof. in Basel, 1914 in Frankfurt am Main, ab 1919 Köln, 1941 Wechsel nach Wien, Emeritierung 1953. HGV-Vorstandsmitglied (1938–1946), wenngleich er „niemals nennenswerte Aktivität“ gezeigt und „nicht einmal Beitrag“ gezahlt habe, Stubbe da Luz 2005/2006, S. 334 Anm. 156. Nachruf von seinem Schüler: Conrad 1954.

<sup>53</sup> Georg Fink (1884–1966), seit 1919 im Archivdienst in Lübeck (Nachfolger Rörigs), 1932–1946 Archivdirektor. Vorstandsmitglied im HGV 1934–1954, danach bis 1966 Altmitglied; Vorsitzender des Vereins für Lübeckische Geschichte und Altertumskunde 1933–1949. NSDAP-Mitglied. Zu ihm Stubbe da Luz 2005/2006, S. 295–298, 304–306, 311–316, 332–333, 340–341.

<sup>54</sup> BAArch DS (ehem. BDC) Sig. G0116, Bl. 0038, Anfangsbericht für das SS-Ahnenerbe von Ebel, datiert auf den 05.12.1942.

<sup>55</sup> Nähere Angaben bei Groth 2016, S. 124 ff. Zu Ebels Biographie siehe die Angaben bei 2 und in Anm. 90.

<sup>56</sup> BAArch DS (ehem. BDC) Sig. G0116, Bl. 0024. Antrag Ebels an das SS-Ahnenerbe vom 06.10.1938.

Der Auftrag Himmlers gewährte Ebel möglicherweise außerordentliche Vorteile. Im Oktober 1942 schrieb Ebel an einen Mitarbeiter des Ahnenerbes, er habe „hier als erstes Ergebnis meiner Reise nach Lübeck ein Paket von 16 Kilo Archivalien vorgefunden“.<sup>57</sup> Da der Brief hauptsächlich Revaler Archivalien in den Blick nimmt, ist nicht eindeutig rekonstruierbar, ob es sich dabei um Archivalien aus Lübecker Beständen handelte. Aufgrund der Formulierung und Ebels Engagement in Lübeck, das sogleich darzustellen ist, ist dies aber wahrscheinlich. Nehmen wir an, dass Ebel hier von Archivalien aus dem Archiv der Hansestadt Lübeck sprach, so kann uns dies einen Einblick in seine Position bieten. Er hätte dann die Möglichkeit gehabt, Archivalien, die zur Sicherung ausgelagert worden waren, in seinem Wohnhaus zu bearbeiten. Bereits zu diesem Zeitpunkt lag der „Reichsführerbefehl“ für seine Forschungen vor. Dies führt über zu Verwicklungen mit dem Hansischen Geschichtsverein.

## 4.2 Korrespondenz über Ebels Tätigkeit

Beachtenswert ist nun, dass die damaligen Zentralgestalten des Hansischen Geschichtsvereins, Fritz Rörig und Heinrich Reincke,<sup>58</sup> zusammen mit dem zwischenzeitlich nach Wien gewechselten Hans Planitz über Ebels Editionstätigkeiten korrespondierten.

Dazu gibt es eine Vorgeschichte. Bereits Ende der 1920er Jahre fasste Hans Planitz den Plan, die Stadtrechte – und zwar die Handschriften – zu edieren.<sup>59</sup> Dass Planitz das diesbezügliche Gutachten erstattete, kann nicht überraschen. Er hielt 1925 einen Vortrag auf einer Tagung des Hansischen Geschichtsvereins über hansisches Handels- und Verkehrsrecht,<sup>60</sup> der die Stadtrechte in den Blick nahm. Ebel griff diesen Ansatz in seinem Vortrag über hansisches Recht 1949 auf und verwarf vermeintlich Planitz‘

---

<sup>57</sup> BArch DS (ehem. BDC) Sig. G0116, Bl. 0032, Brief Ebels an SS-Untersturmführer Wolff vom 29.10.1942.

<sup>58</sup> Heinrich Reincke (1881 – 1960), Historiker, Dr. iur 1906. Ab 1909 im Dienst des Hamburger Staatsarchivs. Seit 1928 Professor für hamburgische und hansische Geschichte sowie niederdeutsche Landesgeschichte in Hamburg. Langjähriges HGV-Vorstandsmitglied (1934 – 1954, danach Altmitglied). Zusammen mit Rörig ab 1938 für die HGBll. verantwortlich. Seit 1937 NSDAP-Mitglied. Biographische Angaben: Grolle 2001; Grolle 1997; Kellinghusen 1961.

<sup>59</sup> AHL, NL Rörig, Nr. 25:4, hier: „Gutachten betreffend Veranstaltung neuer Ausgaben der Stadtrechte von Lübeck, Hamburg und Bremen im Rahmen der Veröffentlichungen des Hansischen Geschichtsvereins“ von Hans Planitz, 1927.

<sup>60</sup> Planitz 1926.

Ansatz.<sup>61</sup> Dessen Plan war gewesen, „nur die eigentlichen rechts- und verfassungsgeschichtlichen Stadtrechtsquellen unter Ausschluss der für die Stadtverwaltung und die städtische Wirtschaft bedeutsamen Urkunden [aufzunehmen]“.<sup>62</sup> Dabei wollte er sich auf Handschriften der Stadtrechte beschränken, dazu „Gründungsurkunden und [stadtherrliche] Privilegien, soweit sie Stadtrechtssätze enthalten“, sowie grundsätzlich Burspraken aufnehmen.<sup>63</sup> Die Pläne versandeten offenbar recht bald, jedenfalls lässt sich der Korrespondenz nur entnehmen, dass einzelne Bearbeiter gesucht und gefunden wurden; Fortschritte sind nicht ersichtlich.

Erst im November 1941 nahm die Korrespondenz wieder zu, nachdem Planitz, Rörig und Reincke den ursprünglichen Plan wiederaufgriffen. Zwischenzeitlich hatte sich Ebel mit dem Direktor des Archivs der Hansestadt Lübeck, Georg Fink, ins Benehmen gesetzt und die Edition der Lübecker Ratsurteile in Angriff genommen. Dabei wich sein ursprünglicher Plan offenbar von der späteren Veröffentlichung ab. Wie aus einer Mitteilung Planitz' an Rörig hervorgeht, wollte Ebel „eine kurze einbändige Ausgabe der wertvollsten Sprüche [des Lübecker Rats]“ herausgeben.<sup>64</sup> Planitz protestierte: „Ich machte ihm [Ebel] gegenüber geltend, daß mir dieses Programm nicht genüge, insbesondere auch gegenüber den in Magdeburg gefaßten Plänen“<sup>65</sup>. Erst wenn die ganze Sammlung der Schöffensprüche vorliegt, wird es möglich sein, darüber zu entscheiden, welche von ihnen in vollem Umfang, welche in Regestenform mitzuteilen und welche ganz auszulassen sind.“

Tatsächlich gingen Rörig, Reincke und Planitz – und womöglich auch Fink – noch im Dezember 1941 von einer „freie[n] wissenschaftliche[n] Arbeit des Herrn Prof. Ebel“ aus.<sup>66</sup> Fink führte jedenfalls „[lange] Unterhaltungen“ mit Ebel und meinte „[n]ach Ebels gründlichem Eindringen in den Stoff wird ein Dritter schwerlich in gleichem Maße das Gebiet beherrschen.“

<sup>61</sup> Ebel 1949. Siehe zu diesem Zentraltexst über das hansische Recht: Groth 2016, S. 237 ff.

<sup>62</sup> AHL, NL Rörig, Nr. 25:4, hier: „Gutachten betreffend Veranstaltung neuer Ausgaben der Stadtrechte von Lübeck, Hamburg und Bremen im Rahmen der Veröffentlichungen des Hansischen Geschichtsvereins“ von Hans Planitz, 1927, S. 3.

<sup>63</sup> AHL, NL Rörig, Nr. 25:4, hier: „Gutachten betreffend Veranstaltung neuer Ausgaben der Stadtrechte von Lübeck, Hamburg und Bremen im Rahmen der Veröffentlichungen des Hansischen Geschichtsvereins“ von Hans Planitz, 1927, S. 4.

<sup>64</sup> AHL, NL Rörig, Nr. 53, Konvolut Planitz, Postkarte Planitz' vom 11.11.1941.

<sup>65</sup> Damit nahm Planitz offenbar Bezug auf die unter dem Magdeburger Bürgermeister initiierte Edition der Magdeburger Schöffensprüche. Die Edition war politisch motiviert. Siehe dazu: Groth 2016, S. 132 ff.

<sup>66</sup> AHL, NL Rörig, Nr. 25:4, Abschrift eines Schreibens von Fink an Kalkbrenner vom 04.12.1941.

Reincke war im Januar 1942 unzufrieden mit dieser Situation. Die Edition der Lübecker Oberhofsprüche sei vom Verein für Lübeckische Geschichte beabsichtigt. Offenbar störte es Reincke besonders, dass Ebel bereits eine Geschichte des Lübschen Rechts ins Auge fasste, ohne zuvor eine umfassende Edition der Rechtshandschriften vorzulegen. Reincke wollte daher „aufs Ganze gehen“ und die Edition forcieren. Dies würde „einen mehrjährigen vollen Einsatz einer erstklassigen Persönlichkeit“ erfordern. Als Reincke über den „geeignete[n] Mann“ philosophierte, dachte er nicht an Ebel. „Die Geschichte des Lübschen Rechts aber kann m.E. niemals die Wurzel, sondern nur die Frucht der Edition sein, und es wird den Editor schmerzen, wenn diese Frucht ein anderer pflückt.“<sup>67</sup>

Planitz schloss sich Reinckes Ausführungen an. Er hielt zwar eine Ausgabe der Lübecker Oberhofsprüche durch den Hansischen Geschichtsverein für wünschenswert, doch nur in einem großen Umfang. „Was Herr Ebel plant, ist freilich etwas ganz anderes.“ Er schloss damit, „daß die Ebelschen Arbeiten wenigstens so wie sie geplant sind, für den Hansischen Geschichtsverein nicht in Betracht kommen.“<sup>68</sup>

Trotz zwischenzeitlichen Verhandlungen mit Autoren verwarfen sie ihren Plan schließlich. Anscheinend war Ebel mittlerweile offen als Beauftragter der SS aufgetreten. Dieser Umstand war wesentlich für den Abbruch des ursprünglichen Editionsplans. Eine mit Ebel geplante Besprechung im Rahmen einer Tagung des Kriegseinsatzes der Geisteswissenschaften (wohl) am 22.11.1942 in Magdeburg<sup>69</sup> fand nicht mehr statt. Reincke äußerte gegenüber Rörig Zweifel an Ebels Qualifikation für die Edition.<sup>70</sup> Rörig vermutete, Fink wolle „praktisch in die Stellung einrücken, die vor ihm einmal Kretzschmar<sup>71</sup> hatte“. Fink werde sich mit dem Lübschen Recht aber „m.E. arg verrechnen; der dominierende Teil wird hier sehr bald nicht mehr Fink sein, sondern Ebel.“<sup>72</sup>

Mögen daher bei Rörig – nicht untypisch für ihn – persönliche Animositäten ein Aspekt der Aufregung gewesen sein, sind doch die inhaltlichen

<sup>67</sup> AHL, NL Rörig, Nr. 25:4, Brief Reinckes vom 07.01.1942.

<sup>68</sup> AHL, NL Rörig, Nr. 25:4, Brief Planitz' vom 13.01.1942.

<sup>69</sup> AHL, NL Rörig, Nr. 42, Konvolut Fink, Postkarte Finks vom 11.11.1942.

<sup>70</sup> AHL, NL Rörig, Nr. 54, Postkarte Reinckes vom 02.11.1942.

<sup>71</sup> Johannes Kretzschmar (1864–1947), Historiker und Archivar, Studium ab 1885 in Leipzig, Freiburg und Berlin. Promotion 1888 in Berlin. Ab 1891 tätig in der preußischen Archivverwaltung. Ab 1907 im Archividienst in Lübeck. Pensionierung 1932. Wissenschaftliche Kontakte nach Schweden. 1903–1906 Vorstandsmitglied im Historischen Verein für Niedersachsen. Vorsitzender des Vereins für Lübeckische Geschichte und Altertumskunde sowie im HGV (1928–1934; seit 1910 Vorstandsmitglied). Biographische Angaben: Bickelmann 2009.

<sup>72</sup> AHL, NL Rörig, Nr. 54, Brief Rörigs vom 04.11.1942.

und politischen Momente nicht zu übersehen. In einem vertraulichen Brief Rörigs, den er an Planitz und Reincke richtete und mit dem er ein Schreiben an Kalkbrenner<sup>73</sup> vorbereitete, legte Rörig die Gründe dar. „Eine Besprechung [zwischen dem Hansischen Geschichtsverein und Ebel] ist dann aber nicht nur zwecklos, sondern schädlich, weil sie nur Spannungen und Schwierigkeiten bringen wird.“ Rörig führte aus:

„Wir sind in der letzten Sitzung durch die Mitteilungen von Herrn Fink über den Umfang der Pläne, die Herr Ebel jetzt im Zusammenhang mit der SS betreibt, vollkommen überrascht worden.“ Die Lage sei bereits im Dezember 1941 verfahren gewesen, da Ebel bereits damals nicht nur eine Edition der Oberhofsprüche beabsichtigte, sondern auch eine Geschichte des Lübschen Rechts schreiben wollte. „Nachdem aber jetzt noch die Beauftragung des Herrn Ebel durch die SS hinzugekommen ist, halte ich es in der Tat für besser, der HGV zieht sich aus diesem Gebiet, das er eigentlich vor Jahrzehnten bereits verloren hat, endgültig und mit gutem Gesicht zurück. [...] Hinter den neuen und neuesten uns mitgeteilten Plänen steckt aber eine Offensivkraft, gegen die wir z.Z. nichts einzusetzen haben. Bei einer Fortsetzung sehe ich nur unfruchtbare Erörterungen und Spannungen. Wie sollen wir uns mit Herrn Ebel nicht nur über die Berechtigung seiner Pläne, sondern womöglich gar auch seine Qualifikation für die ursprünglich geplante Edition unterhalten, ohne daß wir dabei in schwere Differenzen geraten! Herr Fink will mit Herrn Ebel die Sache machen. Gut, er soll sie machen. Dann aber auch auf eigene Verantwortung. Gelingt der Plan, dann werden wir nicht so kleinlich sein, das gut Geschaffene nicht anzuerkennen; gelingt er nicht, dann haben wir später einmal freie Hand. D.h. natürlich nicht wir selbst, sondern unsere Nachfahren.“<sup>74</sup>

Planitz und Reincke<sup>75</sup> schlossen sich den Ausführungen an, Kalkbrenner wurde entsprechend unterrichtet<sup>76</sup>. Planitz war über die Vorkommnisse so verärgert, dass er einen Austritt aus dem Vorstand des Hansischen Geschichtsvereins erwog.<sup>77</sup> Reincke befürchtete gar, es sei „mit einem absoluten wissenschaft-

<sup>73</sup> Georg Kalkbrenner (1875 – 1956), Senator, Studium der Volkswirtschaft in Breslau, Berlin, Göttingen und Freiburg. Promotion in Freiburg. Wahl zum Senator in Lübeck 1907, insbesondere im Bereich der Finanzen. 1921 – 1933 Vorsitz in der Finanzbehörde. 1939 bis zum Ende des Krieges Vertreter des Stadtkämmerers. Bis 1951 Leitung der Finanzverwaltung. 1928 – 1954 Vorstandsmitglied im HGV, 1935 – 1950 Vorsitzender. Biographische Angaben: Schneider 2009.

<sup>74</sup> AHL, NL Rörig, Nr. 25:4, Brief Rörigs vom 04.11.1942.

<sup>75</sup> AHL, NL Rörig, Nr. 54, Postkarte Reinckes vom 06.11.1942.

<sup>76</sup> AHL, NL Rörig, Nr. 54, Postkarte Reinckes vom 10.11.1942.

<sup>77</sup> AHL, NL Rörig, Nr. 25:4, Postkarte Planitz' vom 08.11.1942.

lichen Fehlschlag [zu rechnen]“.<sup>78</sup> Er begründete: „Was mir Nirrnheim<sup>79</sup> in erneuter Aussprache über die Edition der Rostocker Urfehden auf Grund genauer Durcharbeitung der einzelnen Stücke über Ebels Fähigkeiten auf diesem Gebiet sagte, war eindeutig und niederschmetternd genug“.<sup>80</sup>

Wie bereits bemerkt, diese Bedenken verhinderten nicht Ebels Editionstätigkeiten. Die Edition erschien indes in keiner Reihe des Hansischen Geschichtsvereins, sondern im Musterschmidt Verlag in Göttingen. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft, der Verein für Lübeckische Geschichte und Altertumskunde sowie die Possehl-Stiftung unterstützten die Drucklegung der Edition hingegen.<sup>81</sup>

### 4.3 Anfangsbericht für das Ahnenerbe

Interessant ist nun, wie Ebel diese Episode gegenüber seinen Auftraggebern darstellte. Anfang Dezember 1942, also nur kurz nach der geplatzten Magdeburger Besprechung, verfasste er seinen „Anfangsbericht und Arbeitsplan für die Arbeit zur Rechtsgeschichte der Deutschen im Osten“.<sup>82</sup> Der Hansische Geschichtsverein habe die Neuausgabe der Lübschen Rechtshandschriften seit über 80 Jahren nicht zu Stande gebracht. „Nunmehr hat er [der Hansische Geschichtsverein] nach Verhandlungen, die ich mit ihm führte, seinen Plan aufgegeben. Für die Durchführung der Arbeit habe ich den Lübecker Archivdirektor Dr. G. Fink als Mitarbeiter gewonnen.“<sup>83</sup> Wir halten inne: Im Nachlass Rörigs ist nichts über „Verhandlungen“ ersichtlich. Vielmehr lässt die Korrespondenz darauf schließen, dass der Hansische Geschichtsverein einseitig auf die Weiterverfolgung des Plans verzichtete. Überdies suggeriert Ebels Wortwahl eine Unterordnung Finks. Ob dies zutreffend ist, kann nicht beurteilt werden. Weder gibt es Anhaltspunkte für eine Unterordnung

<sup>78</sup> AHL, NL Rörig, Nr. 54, Postkarte Reinckes vom 13.11.1942.

<sup>79</sup> Hans Nirrnheim (1865–1945), Archivar und Historiker. Studium in Bonn, Berlin und Straßburg. Ab 1892 im Hamburger Staatsarchiv tätig, ab 1926 Archivdirektor. Vorstandstätigkeit und Vorsitzender im Verein für Hamburgische Geschichte. HGV-Vorstandsmitglied (1932–1945). Zu ihm: Eckhardt 2008; Reincke 1949. Siehe zu seiner Kritik an Ebels Werk: Nirrnheim 1940, S. 187: zwar positive Würdigung des darstellerischen Teils, aber Kritik an der Edition: „Mir scheint aber, daß gerade in Veröffentlichungen, die dazu dienen sollen, die Bestände eines Archivs zu erschließen und die dies auch in ihrem Titel zum Ausdruck bringen, besonderer Wert darauf gelegt werden sollte, die heute gültigen Editionsgrundsätze nicht außer acht zu lassen“; positive Rezension hingegen von Bohne 1940.

<sup>80</sup> AHL, NL Rörig, Nr. 54, Postkarte Reinckes vom 13.11.1942.

<sup>81</sup> Ebel 1955, S. XV.

<sup>82</sup> BArch DS (ehem. BDC) Sig. G0116, Bl. 0038, Anfangsbericht für das SS-Ahnenerbe von Ebel, datiert auf den 05.12.1942.

<sup>83</sup> BArch DS (ehem. BDC) Sig. G0116, Bl. 0038.

Finks, noch gibt es Dokumente, die dies widerlegen. Die Akten im Archiv der Hansestadt Lübeck sind insoweit unergiebig. Anschreiben des Ahnenerbes konnten mittels des Findbuches nicht aufgefunden werden, wenngleich ergänzt werden muss, dass dies nur ein vorläufiger Befund sein kann. Der einzige Treffer ist ein Anschreiben des Ahnenerbes hinsichtlich des bereits angesprochenen Forschungswerkes „Wald und Baum“ von 1938.<sup>84</sup> Fink war jedenfalls im Juli 1943 über den „Reichsführerbefehl“ informiert. In einem Schreiben von Fink an die Hauptverwaltung in Lübeck berichtete er über die Einlagerung von Archivalien und über Ebels Forschungen. Beachtlich sind folgende Passagen:

„Mit Prof. Ebel wie mit dem Werk Bernburg sind die nötigen Abreden getroffen, daß Prof. Ebel mit einem Fotografen an Ort und Stelle die gewünschten Bände aufnehmen kann. Die Hauptarbeit will er im September [1943] vornehmen.

In eingehender Besprechung mit Prof. Ebel wurde geklärt, wie bei der Veröffentlichung der Spruchsammlung die Hansestadt Lübeck eingeschaltet werden kann, damit die Erscheinung sich für sie werbend auswirkt.

Da Prof. Ebel im dienstlichen Auftrag des Reichsführers SS arbeitet, ist es nicht gut möglich, daß seine Spruchsammlung nachher als Veröffentlichung der Hansestadt Lübeck erscheint. Wohl aber tritt bei der Veröffentlichung seiner Arbeit Prof. Ebel wieder in den Genuß seines Autorenrechts und kann sich als Herausgeber seine geistige Leistung verlegerisch honorieren lassen. Begreiflicherweise hat er den Wunsch, daß sich seine große Arbeitsleistung auch materiell lohnt. Das ist der Punkt, den ich im Sinne Lübecks ausnutzen konnte. Ich habe Herrn Ebel erklärt, daß die Stadt Wert darauf legt, daß sie auf der Titelseite in würdiger Weise in die Erscheinung tritt, und daß Lübeck der Erscheinungsort wird. Dieses vorausgesetzt werde die Hansestadt Lübeck ihm ein angemessenes Honorar zahlen. Über die Höhe dieses Honorars ist noch nicht verhandelt. Aus dem Verlauf des Gesprächs kann ich aber vielleicht schließen, daß die Forderung sich um RM 5000.– bewegen dürfte. Dabei setze ich voraus, daß von vorne herein über die ganze, auf mehrere Bände veranschlagte Veröffentlichung abgeschlossen wird. Ich machte Herrn Ebel auch darauf aufmerksam, daß unser ungewöhnliches Entgegenkommen, ihm über Bernburg zu unserem Archivgut Zutritt zu geben, davon ausgeht, daß die Herausgabe in einer der Stadt vorteilhaften Form erfolgt.“<sup>85</sup>

<sup>84</sup> AHL, Dienstregistratur, Sig. 538.

<sup>85</sup> AHL, Dienstregistratur 241, Schreiben Finks vom 07.07.1943. Das Schreiben griff ohne Bezugnahme auf die hier zitierten Passagen auf: Kruse 2005, S. 574 Anm. 7.

Der Brief Finks lässt nicht erkennen, dass er ein Mitarbeiter Ebels war. Zu Recht betonte Fink, dass es ein „ungewöhnliches Entgegenkommen“ war, Ebel Zugang zu den ausgelagerten Archivalien zu gewähren. Inwieweit dies nur oder hauptsächlich durch den „Reichsführerbefehl“ ermöglicht wurde, entzieht sich aufgrund fehlender oder unbekannter Quellen unserer Kenntnis. Weiterhin modifizierte Ebel offenbar seinen ursprünglichen Plan, da er im Juli 1943 bereits von einem mehrbändigen Werk ausging. Zudem kam Ebel anscheinend trotz entsprechender Honorarverhandlungen nicht auf das genannte Angebot zurück. Wie erwähnt, veröffentlichte er die Lübecker Ratsurteile nicht in Lübeck und ein Honorar seitens der Hansestadt Lübeck ist nicht bekannt. Dies könnte indes auch mit der letztlich gescheiterten Entnazifizierung Finks zusammenhängen, muss hier aber offen bleiben. Möglich (unten 6.2) ist hingegen, dass Fink die Drucklegung über den Verein für Lübeckische Geschichte und Altertumskunde unterstützte.

Wir wissen zwar nicht, ob und in welchem Umfang Ebel bereits vor der Einlagerung Abschriften gefertigt hatte, allerdings erscheint die Zeit für die Abschriften verhältnismäßig kurz. Legen wir den Brief Finks zu Grunde, so erhielt Ebel erst nach den Absprachen im Juli 1943 Zugang zum Bergwerk in Bernburg. Die „Hauptarbeit“ sollte zudem „im September“ stattfinden. Ob er für diese Arbeit einen Fotografen beiziehen konnte, ist unbekannt, aber eher unwahrscheinlich, da Ebel noch 1950 gegenüber Rörig auf die „handschriftlichen Notizen und Exzerpte“ Bezug nahm.<sup>86</sup> Wenn dann noch eingestellt wird, dass Ebel – nach eigenen Angaben in der Vorbemerkung – in dieser Zeit darüber befunden hat, welche Ratsurteile der Aufnahme würdig waren, so schließen sich daran weitere Fragen wegen der Auswahl an. Die oben erwähnte Problematik, nach welchen Kriterien er die Ratsurteile auswählte, wird nun durch die wohl beschränkte Zeit erschwert.

Zurück zum Anfangsbericht für das Ahnenerbe. Ebels Plan stellt deutlich heraus, dass er den „Endzweck solcher [lies: Editions-] Arbeit, die Darstellung, nicht übersehen“ wollte.<sup>87</sup> Beachtlich ist die im nächsten Satz folgende Begründung: „Sie [die Darstellung] allein wirkt unmittelbar über den engsten Kreis von Fachwissenschaftlern hinaus.“<sup>88</sup> Bemerkenswert sind in diesem Zusammenhang Ausführungen, die Ebel über die dorfrechtlichen Verhältnisse machte. Diesbezüglich nahm er die „Rechtsgeschichte der Deutschen in Rußland“ in den Blick und führte aus: „Dabei hat die Volkstums- und Rechtsgeschichtswissenschaft von diesen vergessenen Inseln des

---

<sup>86</sup> AHL, NL Rörig, Nr. 40, Konvolut Ebel, Postkarte Ebels an Rörig vom 13.01.1950.

<sup>87</sup> BArch DS (ehem. BDC) Sig. G0116, Bl. 0038.

<sup>88</sup> BArch DS (ehem. BDC) Sig. G0116, Bl. 0038.



Deutschtums, die an ihrem alten Recht mit Zähigkeit und Treue hingen, einen unschätzbaren Beitrag zu erwarten. Politische Gesichtspunkte treten hinzu.“<sup>89</sup> Diese „politischen Gesichtspunkte“ sollten im Geiste des Sinns der Darstellung gesehen werden, die „über den engsten Kreis von Fachwissenschaftlern hinaus[wirkt]“. Der Bericht verfolgt offenbar die Tendenz, die Forschungen Ebels ideologisch zu unterfüttern. Der Waffen SS-Hauptsturmführer (F)<sup>90</sup> Ebel wies seinen Auftraggeber auf die rechtsgeschichtliche Situation in Russland hin. Dies in einer Lage, in der das Deutsche Reich seit fast eineinhalb Jahren Krieg in Russland führte, und nur wenige Wochen nachdem die 6. Armee in Stalingrad eingekesselt worden war. Zwar sollte man bedenken, dass Ebel – soweit ersichtlich – keine rechtsgeschichtlichen Arbeiten zu Russland vorgelegt hat, doch werden seine Ausführungen beleuchtet, so werfen sie einen Schatten auf seine Editionstätigkeit an den Lübischen Archivalien. Ebel versuchte, die Editionstätigkeit und die darauf aufbauenden Darstellungen ideologisch zu rechtfertigen. Eine mögliche Interpretation ist es, dass die Darstellungen politisch fruchtbar oder auf den Punkt gebracht: Propagandaschriften sein sollten. Ich erinnere daran, dass für Ebel das Lübische Recht immer vom (See-)Handel geprägt war.<sup>91</sup> Diese These knüpft an eine Forschungstradition an, die den Stadtrechten gewisse Charaktereigenschaften beilegte und jedenfalls in der Zeit des Nationalsozialismus zu ideologischen Verzeichnungen führte;<sup>92</sup> wenngleich der Untergang des „Dritten Reiches“ diese Gedankengänge nicht zwingend erledigte. In diesen Beschreibungen erscheint das Lübische Recht als das „deutsche“ (lies: nicht-römische) Werk einer kühlen, rationalen, aber dennoch auf die Gesamtheit bedachten Kaufmannschaft, die sich ihrer Verbundenheit, Homogenität und Führungseigenschaft bewusst gewesen sei. Wagemutige Männer auf tollkühnen Schiffsreisen, die später von Lübeck aus die Ostsee auch rechtlich kontrollierten; oder wie Ebel noch 1967 formulierte: „Die

<sup>89</sup> BArch DS (ehem. BDC) Sig. G0116, Bl. 0040.

<sup>90</sup> Ebel war seit dem 01.07.1942 Fachführer (F) im Rang eines Waffen SS-Hauptsturmführers. Bereits zuvor war Ebel Mitglied der Waffen-SS als SS-Oberschütze. Die Ränge Fachführer und zuvor Sonderführer (S) dienten dazu, nicht-militärischem Personal angemessene Ränge in der SS bzw. Waffen-SS zu verschaffen. Ebels letzte nachweisbare Beförderung stammt von Anfang 1944, er wurde zum Untersturmführer der Reserve bei der Waffen-SS ernannt und erreichte damit einen militärischen Rang. Die Beförderung gelang Ebel, nachdem er einen Lehrgang an der SS-Junkerschule in Bad Tölz absolvierte. Siehe die weiteren Nachweise zu Ebel im Nationalsozialismus bei Groth 2016, S. 124 ff. und oben 2.

<sup>91</sup> Bloß beispielhaft verweise ich auf die Behauptung, das Lübische Recht sei „seinem Wesen nach das Recht einer Seehandelsstadt“ gewesen, Ebel 1971, S. 27. Eine Äußerung, die er sehr ähnlich bereits 1952 vor anderem Publikum aufgestellt hatte, s. Anm. 94.

<sup>92</sup> Groth 2016, S. 155 ff.

Ostsee, rechtshistorisch ein *mare Lubicense*“.<sup>93</sup> Dass er ähnliche Gedanken zu bundesrepublikanischer Zeit auch vor dem revisionistischen Göttinger Arbeitskreis vortrug, sei hier nur am Rande erwähnt.<sup>94</sup> Wir wissen heute, dass die ideologisch aufgeladene Stadtrechtsforschung in der BRD noch lange lebendig und kaum verändert blieb.<sup>95</sup> Ebel revidierte, soweit es überblickt werden kann, diese Interpretationen nicht.

Wie auch immer man Ebels Publikationen in der BRD bewertet, Propagandaschriften sind es offensichtlich nicht. Kann man daraus schließen, dass Ebel gegenüber dem Ahnenerbe nur die eigene Arbeit attraktiv machen wollte, in Wirklichkeit aber an fundierten wissenschaftlichen Arbeiten interessiert war? Möglich ist es. Können damit jegliche Bedenken beiseite gewischt werden? Ich meine nein. Immerhin war es Ebel verwehrt, nach dem Krieg die eigenen Vorarbeiten anhand der Originale zu überprüfen. Sollten also doch ideologische Aspekte eine Rolle bei der Auswahl der Ratsurteile gespielt haben, war dieser Zustand mehr oder minder unumkehrbar. Somit gibt es auch inhaltliche Bedenken hinsichtlich der Edition, die eine genaue Aufarbeitung erforderlich machen. Dass eine Edition *a priori* von solchen Problemen frei ist, dürfte gemeinhin als unzutreffend bekannt sein. Ob die Edition von Ebel von solchen Problemen befallen ist? Wir wissen es nicht. Und dies ist ein Problem.

---

<sup>93</sup> Ebel 1967b, S. 23.

<sup>94</sup> Zum Göttinger Arbeitskreis: Salzborn 2008. Gemeint ist: Ebel 1952c. Von welchem Impetus das Werk getragen ist, zeigt sich bereits zu Beginn, der Ebel als Anhänger der Urgermanentheorie ausweist (3): „Nicht nur die siedlungsmäßige und staatliche Eindeutschung Ostdeutschlands – *zum größten Teil Wiedergewinnung des einige Jahrhunderte zuvor von den Germanen geräumten Gebietes* [Hervorhebung von mir] – ging mit der Ausbreitung deutschen Rechts zusammen vor sich, auch bei der Einschmelzung slawischer Völker, vor allem der Polen und Tschechen, in den abendländischen Kulturkreis hat nach der (überwiegend von Deutschen getragenen) Christianisierung die Übernahme deutschen Rechts die wichtigste Rolle gespielt.“ Zum Inhalt des Lübschen Rechts 15: „Im übrigen charakterisiert das lübische Recht, daß seine Institute dem Wesen der Stadt als einer *S e e - u n d H a n d e l s t a d t* [Hervorhebung im Original] entsprachen.“ Siehe auch die Betonung des Meeres 16 f.: „In den Jahrhunderten seiner Blüte war der lübische Rechtskreis ein geschlossenes, festgefügtes Gebilde gewesen, unter der absoluten und strengen Führung Lübecks, mit *s t r a f f e m R e c h t s z u g s s y s t e m* [Hervorhebung im Original], bestehend aus lauter meerzugewandten Städten, die mit dem sie umgebenden Lande wohl in Wirtschafts-, aber nicht in Rechtskommunion standen. Aus der Siedlungsstadt Lübeck, die einst ihr Stadtrecht in nuce aus Soest, der Heimat ihrer ersten Siedler, erhalten hatte, war die bedeutendste rechtsschöpferische Kraft des deutschen Nordens geworden. Auf der lübischen Verfassung und Bürgerfreiheit beruhte der Reichtum und die Macht der deutschen Seestädte an der Ostsee.“

<sup>95</sup> Siehe nur Lück 2009, insbesondere S. 198–200 zu Ebel.

## 5 Reaktionen

Die Bedenken Reinckes hinsichtlich der Qualifikation Ebels kann ich nicht beurteilen. Die Rezensionen waren jedenfalls positiv.<sup>96</sup> Überdies machten die Edition und die darauf aufbauenden Arbeiten Ebel zum renommierten Forscher. In diesem Zusammenhang verweise ich auch auf die Verleihung des Golddukats an Ebel durch die Hansestadt Lübeck im Jahre 1967. Am 3. August 1967 legte das Archiv der Hansestadt Lübeck Ebels „Bedeutung für Lübeck“ dar:

„Prof. Ebel ist heute der Experte auf dem Gebiet des lübischen Rechts schlechthin; er ist auch verschiedentlich als Gutachter in Fragen des lübischen Rechts von der Hansestadt herangezogen worden. Als sein größtes Verdienst darf gelten, daß er während des Krieges Auszüge und Abschriften von den ins Bergwerk Bernburg ausgelagerten Niederstadtbuchbänden angefertigt und dabei größte Erschwernisse nicht gescheut hat; allein auf diese Weise sind eine sehr beträchtliche Zahl von Niederstadtbucheintragen der Nachwelt erhalten worden, da heute die betreffenden Bände nach Verschleppung größtenteils als verloren gelten müssen. Hiermit ist Prof. Ebel zugleich weit über die Grenzen dessen hinausgegangen, wozu für ihn unmittelbare berufliche Pflicht bestand.“<sup>97</sup>

Der Senat beschloss die Ehrung Ebels. In einem „Entwurf für die Ansprache des Herrn Bürgermeisters bei der Übergabe des Golddukats an Herrn Prof. Dr. Ebel am 18. August“ werden die Editionsarbeiten ebenfalls ohne jeglichen Verweis auf Ebels SS-Auftrag aufgegriffen.<sup>98</sup> Es bleibt festzuhalten: Trotz des institutionalisierten, verschriftlichten Wissens (Fink) um den „Reichsführerbefehl“ fielen diese Umstände lange Zeit dem Vergessen oder Verschweigen anheim.

<sup>96</sup> Hermann Schultze-von Lasaulx rezensierte jeden Band äußerst positiv: Schultze-von Lasaulx 1956; Schultze-von Lasaulx 1957; Schultze-von Lasaulx 1961; Schultze-von Lasaulx 1971.

<sup>97</sup> AHL, Dienstregistratur, Sig. 488, Schreiben Friedlands vom 03.08.1967.

<sup>98</sup> AHL, Dienstregistratur, Sig. 488, Entwurf für die Ansprache des Herrn Bürgermeisters bei der Übergabe des Golddukats an Herrn Prof. Dr. Ebel am 18. August: „Mir ist berichtet worden, unter welchen äußerst erschwerten Bedingungen Sie während des letzten Krieges Ihre Materialsammlungen zum Lübischen Recht zusammentrugen; jede freie Stunde, die Ihnen der Kriegsdienst ließ, verwandten Sie auf diese von Ihnen erwählte Lebensaufgabe. Selbst als die alten Lübecker Archivalien bereits in Bernburg in einem Salzbergwerk sichergestellt waren, haben Sie dort unter der Erde an Ort und Stelle unter den schwersten Umständen daran gearbeitet, weiteres Material aus den Lübecker Niederstadtbüchern zu schöpfen.“

Das Schweigen dauerte bis in die jüngste Vergangenheit<sup>99</sup> und kann keinen Forscher befriedigen.

## 6 Zusammenfassung und Erklärungsmodell

Während ich mich in meiner Dissertation mit der Person und dem Werk Ebels beschäftigte sowie über seine Editionstätigkeiten recherchierte, konnte ich die festgestellte Diskrepanz zwischen der heftigen Kritik vor 1945 und dem geradezu kritiklosen Umgang mit Ebel nach 1945 nicht auflösen. Eine quellengesicherte Erklärung kann ich hier ebenfalls nicht liefern. Ausgehend von einer kurzen Zusammenfassung der Fakten möchte ich hier aber ein Erklärungsmodell für diesen Befund geben.

Zusammenfassend ergibt sich ein widersprüchliches Bild, das verschiedene Interpretationen zulässt. War Ebel ein rücksichtsloser Karrierist, der auch nicht davor zurückschreckte, mit einem menschenverachtenden Regime zu paktieren? Teilte er die Ansichten des Regimes gar? Oder geriet er mehr zufällig in diese Maschinerie, war tatsächlich aber aufrichtig und ausschließlich an seinem Forschungsgegenstand interessiert? Vermutlich gibt es hier keine einfachen Antworten. Eine Lebensbewertung in einem Satz zu bündeln, dürfte zwar immer interessant zu lesen aber nur höchst selten zutreffend sein. Hinzu kommt eine notwendige Kontingenz. Nicht alles ist rekonstruiert, vielleicht ist es auch nie rekonstruierbar.

### 6.1 Fakten

Betrachten wir die Fakten kondensiert: Ebel stieg Ende der 1930er steil in der Wissenschaft auf. Mit Unterstützung des SS-Ahnenerbes und Finks konnte er Zugriff auf ansonsten unerreichbare Archivalien nehmen, sei es unter Tage in Bernburg oder durch arrangierte Reisen nach Reval. Nach dem Krieg stand Ebel zunächst vor dem Nichts: Aus der Universität entfernt, sah sich der Familienvater mit mehreren Kindern Gerichtsverfahren gegenüber, die ihn beruflich hätten ruinieren können.<sup>100</sup> Doch gerade seine zuvor staatlich geförderte Forschung und Verbindungen zu anderen Forschern erlaubten das „comeback“. Nach reger Publikationstätigkeit in den 1950ern war Ebel schließlich ein angesehener Rechtshistoriker und wohl „der“ Rechtshistoriker des Lübischen Rechts und der Hanse, wenngleich nicht zu übersehen ist, wie wenig Ebel zur Hanse verfasste und wie viel mehr ihn Lübeck anzog.

---

<sup>99</sup> Kritische Bemerkungen zu Ebel bei Dusil 2005, S. 101 – 105.

<sup>100</sup> Wäre Ebel im Entnazifizierungsverfahren in Kategorie 3 eingestuft worden, so hätte er nicht mehr publizieren dürfen, siehe dazu Groth 2016, S. 194 f.

Letzteres beschäftigte mich in meiner Dissertation. Zeit seines Lebens holte in die Vergangenheit nicht mehr ein.

Noch heute gilt seine Edition zu den Lübecker Ratsurteilen als Standardwerk und ist bisher unersetzt. Eine Revision, die nach der Verschleppung der Archivalien unmöglich war, ist zwar mittlerweile möglich, aber bisher nicht erfolgt. Die Edition offenbart mehrere Probleme. Erstens selektierte Ebel die zu edierenden Urteile ohne nähere Angabe, nach welchen Merkmalen er dabei vorging und warum er andere Textarten ausließ. Er stand zudem wohl unter Zeitdruck, sodass hierdurch die Selektion noch problematischer erscheint. Zweitens war Ebel vom SS-Ahnenerbe beauftragt, vertrat zuweilen die NS- und SS-Ideologie und löste sich von den Vorstellungen, das Lübische Recht sei durch das „Wesen“ Lübecks als See- und Handelsstadt geprägt gewesen, auch in der Bundesrepublik nicht. Ob damit die Edition von ideologischen oder materiellen Prämissen beeinflusst ist, ist weiterhin unklar. Damit zusammenhängend ist drittens zu beachten, dass Ebel von Anfang an nicht lediglich auf eine Edition aus war, sondern eine Darstellung des Lübischen Rechts beabsichtigte. Inwieweit hier gewisse Vorannahmen die Edition beeinflussten, ist ebenfalls ungeklärt.

## 6.2 These: Der Kampf um Macht und Methoden

Einen Aspekt ließ ich in meiner Zusammenfassung aus, obwohl er für die Edition der Lübecker Ratsurteile von großer Bedeutung sein könnte: Die Querelen mit dem Hansischen Geschichtsverein um Rörig, Reincke und Planitz. An dieser Stelle möchte ich eine These präsentieren, was uns diese Querelen sagen können, wenngleich ich mit Nachdruck betone, dass es sich notwendig um eine Spekulation handelt – denn Quellenbelege kann ich nicht geben. Pointiert: Ebel gehörte zu einer Gruppe um Fink und gegebenenfalls sogar von Brandt, deren Vorgehen die Alteingesessenen um Rörig, Reincke und Planitz gegen sie aufbrachte. Der Grund hierfür lag in einem unterschiedlichen Herangehen an das historische Recht. Mit dem Generationenwechsel im Hansischen Geschichtsverein Anfang der 1950er erledigte sich die Kritik.

Dies erfordert einen kleinen Vorlauf. Der Nachlass Rörigs im Archiv der Hansestadt Lübeck ist, gerade hinsichtlich der Korrespondenz, nahezu uferlos. Die Masse und – dies hingegen als vorläufige Einschätzungen – Klasse sowie Tiefe des Nachlasses sind beeindruckend. In einem parallel erscheinenden Aufsatz wollen Philipp Höhn und ich versuchen, die Bedeutung des Nachlasses exemplarisch an der Korrespondenz zwischen Carl Schmitt und Rörig aufzuzeigen.<sup>101</sup> Wenn sich überhaupt eine Konstante in der Korrespondenz

<sup>101</sup> Groth/Höhn 2018.

erkennen lässt, dann die, dass Rörig sehr häufig in Konflikt mit anderen Personen geriet, interessanterweise vor allem mit denen, die ihm entweder nahe standen oder mit denen er sehr häufig zu tun hatte. Das streitbare Wesen Rörigs war jedem, der ihn erlebte, nur zu gut bekannt. Ein häufiges Angriffsobjekt war dabei Fink.

Dies könnte zunächst überraschen. Rörig und Fink hatten eine lange Vergangenheit. Sie kannten sich seit 1909, als Fink seinen Dienst im Bezirksarchiv Lothringen antrat, wo Rörig Archivassistent war.<sup>102</sup> Nach Rörigs Weggang vom Archiv der Hansestadt Lübeck im September 1918 folgte ihm Fink nach, mit Unterstützung Rörigs.<sup>103</sup> Beide waren im Hansischen Geschichtsverein sehr aktiv. Fink war seit 1934 Vorstandsmitglied des Hansischen Geschichtsvereins und Rörig hatte alleine schon wegen Finks Stellung als Archivleiter häufig mit ihm zu tun. Aber Differenzen brachen immer wieder hervor. Oben zeigte ich, wie sich Rörig gerade auch an Finks Einsatz für Ebel ärgerte. Dieses Ereignis war nicht singulär<sup>104</sup> und ich möchte folgende Vermutung aufstellen: Womöglich waren es unterschiedliche Vorstellungen von der Ausrichtung und der Zukunft des Hansischen Geschichtsvereins, die hinter

---

<sup>102</sup> Spies 2009, S. 238.

<sup>103</sup> Spies 2009, S. 266–276.

<sup>104</sup> Siehe beispielhaft ein Schreiben, das Rörig direkt an Fink richtete, AHL, NL Rörig, Nr. 42, Konvolut Fink, Brief Rörigs vom 02.06.1941: „Aus der Form dieses Briefes bitte ich nicht etwa auf einen Abbruch unserer langjährigen guten Beziehungen schließen zu wollen, sondern umgekehrt: auf meinen ernsten Wunsch, unsere Beziehungen endgültig und ein für allemal so zu gestalten, daß die bisherige Form wieder Inhalt bekommt und nicht zu einer fast peinlichen Form wird. [Absatz] Es ist nicht nur Ihr Verhalten in der Antwerpener Angelegenheit gewesen, sondern auch Ihre Stellung zu der Sonderdruckangelegenheit meiner Reichssymbolik, die ich mit einem herzlichen Einvernehmen nicht mehr in Einklang bringen kann. Die Sonderabdruckfrage haben Sie, objektiv gesprochen, unzutreffend beurteilt. Wie Ihnen die Besprechungen meiner Reichssymbolik in der Hist. Zs., Sav.Zs., Dt. Literaturzeitung und Jomsburg zeigen, handelte es sich hier um eine Arbeit, die nicht an die Hans.Gbll. gebunden bleiben konnte. [...] Er [der zweite Grund: Die bewusst beabsichtigte Einwirkung auf die allgemeine mittelalterliche Geschichte] fällt in das Ressort, in dem ich allerdings erwarte, daß man meine Wünsche und Absichten auch dann respektiert, wenn sie – scheinbar, wirklich nur scheinbar – mit kassenmäßigen Gesichtspunkten einmal in Konflikt geraten sollten. [...] So sehr Sie dabei ein Beachten Ihrer Schatzmeisteraufgaben erwarten, so sehr darf ich aber auch ein umgekehrtes Rücksichtnehmen erwarten. Mit dem Worte ‚Lassen Sie mich mein Amt als Schatzmeister so führen, wie ich es für richtig halte‘ ist deshalb die Frage unserer guten Zusammenarbeit nicht erledigt, und noch weniger wird diese gefördert, wenn Sie meinen, Sie müßten mir gegenüber die Augen offen halten, wie in noch stärkerem Maße Böhlau gegenüber. [...] Was ich von Ihnen und den übrigen amtierenden Vorstandsmitgliedern erwarten darf, ist weiter nichts als jenes Vertrauen und jene Respektierung meiner Stellung als Vertreter der hansischen Geschichtswissenschaft an der Berliner Universität mit den sich aus ihr notwendiger Weise ergebenden Konsequenzen, das man früher Schäfer und dann Vogel entgegengebracht hat. [...]“

diesen Querelen stehen. Diese unterschiedlichen Vorstellungen könnten auf unterschiedliche Auffassungen vom und Umgang mit dem mittelalterlichen Recht zusammenhängen. Dies möchte ich näher ausführen.

Mit Rörig, Reincke und Planitz haben wir studierte Juristen vor uns, wenngleich nur Planitz später der Rechtswissenschaft treu blieb. Wie sich aus dem Plan Planitz' für eine Edition der Stadtrechte ergibt und sich auch an seinen Schriften zeigt, gehörte er – wie Reincke – einer Generation von Rechtshistorikern an, die ihre Erkenntnisse aus verschriftlichten Normtexten finden wollten. Als Planitz 1925 vor dem Hansischen Geschichtsverein über hansisches Handels- und Verkehrsrecht sprach, ging er strikt nach den überlieferten Normen vor. Zwar konnte auch ein Rechtshistoriker wie Planitz nicht an überlieferten Urteilen oder anderen rechtlichen Texten vorbeigehen, doch das geschriebene, in gewisser Art kodifizierte Recht übte eine größere Anziehungskraft auf ihn aus. Hier sehe ich die Differenz zu Ebel. Dieser könnte zugespitzt als Mann der Praxis beschrieben werden. Er war der Bote einer neuen Zeit, und dies nicht nur politisch. Sein Zugriff auf das mittelalterliche Recht suchte Normen aus der Rechtspraxis zu rekonstruieren. Das verschriftlichte Recht, so es denn für diese Zeit überliefert war, sollte dabei natürlich nicht ausgeblendet werden, aber viel mehr zogen ihn Urteile und damit das angewendete Recht an.

Man mag es als Verzeichnung abtun, aber Ebels Methode war kompatibel zum propagierten Rechtsverständnis der Nationalsozialisten. Ein Rechtsverständnis, in dem das geschriebene Recht nicht mehr war als eine bloß mögliche, aber nicht zwingende Argumentationsbasis, durchbrochen von vagen Umschreibungen, die dem vermeintlichen (Un-)Geist der Zeit in Form u. a. des „gesunden Volksempfindens“ zum Durchbruch verhelfen sollten. Vorstellungen von Ganzheitlichkeit und „konkreten Ordnungen“<sup>105</sup> kämpften gegen und siegten schließlich über Quellen- und Textgebundenheit.<sup>106</sup> Die Vorstellung bei Ebel, man könne objektives Recht aus Einzelentscheidungen herausdestillieren, ähnelte in fataler Weise dem Rechtsverständnis vieler Juristen im Nationalsozialismus, die sich von einem positivistischen Rechtsverständnis verabschiedeten und die unbegrenzte Auslegung<sup>107</sup> zum Programm erhoben. Die aggressive und legitimierende Wirkung dieser Axiome ist dabei zu betonen: Geschriebenes Recht begrenzt die Befugnisse der Adressaten; sind die Rechtsbegriffe aber vage oder bloße Argumentations-

<sup>105</sup> Siehe zur Konjunktur der „konkreten Ordnungen“ Algazi 1997.

<sup>106</sup> Ich verweise in diesem Zusammenhang auf Erkenntnisse der Geschichtswissenschaft hinsichtlich unterschiedlicher Historikergenerationen im Umfeld des Ersten Weltkrieges, Schulin 1997, zur „Kriegsjugendgeneration“ (1900 – 1910) s. S. 178 – 182, insb. 179.

<sup>107</sup> Rütters 2012.

helfen, ist eine Machtbegrenzung ausgeschlossen. Das Vorgehen Ebels ist nicht bereits wegen seiner Quellenferne zu kritisieren, denn diese war notwendig; vielmehr muss erstaunen, dass er seine Ergebnisse als authentisch ausgab, obwohl sie notwendig eine Konstruktion bleiben mussten.

Das Vorstehende möchte ich kurz näher erläutern:<sup>108</sup> Ebel mag sich zwar bei genauer Betrachtung methodisch nicht allzu weit von der Methode des Deutschen Privatrechts, wie sie auch Planitz vertrat, entfernt haben. Beide suchten Normen. Beide versuchten aus Einzelbelegen auf räumlich und zeitlich allgemeinere Zusammenhänge zu schließen. Die oben genannte Quellenferne existiert somit sowohl bei Ebel als auch bei Planitz. Die spekulativen Aspekte einer solchen Methode sind notwendig und wünschenswert, um überhaupt zu Ergebnissen und Thesen zu gelangen. Gleichwohl sehe ich einen grundlegenden, qualitativen Unterschied zwischen einer Methode, die verschriftlichen Normtexten den Vorrang gibt (Planitz), und einer Methode, die diesen Vorrang bei Ratsurteilen und anderen forensischen Quellen setzt (Ebel). Eine forensische Methode muss sich immer auch dahingehend positionieren, wie sie mit abweichenden Entscheidungen für dieselbe rechtliche Frage umgeht. Soweit ich es überblicke, ging Ebel davon aus, dass sich „das“ Recht geändert haben müsste, sofern er zwei Entscheidungen fand, die dieselbe rechtliche Frage anders beantworteten. Dies erscheint mir indes nicht zwingend. Es wäre ebenso möglich, dass die eine oder die andere Entscheidung rechtsfehlerhaft ist. Streicht man diese Möglichkeit der Analyse, dann offenbart sich ein qualitativ anderes Rechtsverständnis. Letztlich läuft diese forensische Methode darauf hinaus, dass das Recht ist, was die Gerichte entscheiden.<sup>109</sup> Dieses Rechtsverständnis ist im Grundsatz selbstverständlich ideologisch unverfänglich und weder spezifisch für Ebel noch für seine Zeit. Es kann aber dazu führen, dass der Rechtsanwender in seiner Rechtsfindung frei, ungebunden, entgrenzt ist, weil er „das“ Recht letztlich selbst erschafft. Ob sich in Ebels Zugriff *auch* ideologische Vorannahmen zeigen, mag daher mindestens unsicher, vielleicht auch zweifelhaft sein. Für mich blieb es indes mindestens eine kuriose Koinzidenz, dass just zu der Zeit, als sich die juristische Praxis durch die Auslegung der Generalklauseln von ihrer Bindung an Gesetz und Recht weitestgehend verabschiedete, ein junger Rechtshistoriker das Recht ebenfalls weniger von seiner schriftlichen Seite als der Praxis her rekonstruierte.

---

<sup>108</sup> An dieser Stelle danke ich recht herzlich Prof. Cordes für die sehr anregende Diskussion.

<sup>109</sup> Im Sinne des berühmten Zitats: „The prophecies of what the courts will do in fact, and nothing more pretentious, are what I mean by the law.“ Holmes 1897, S. 460 f., s. dazu: Alexy 2005, S. 33.



Ebels Methode, die eines jungen Wissenschaftlers, musste den gestandenen Forschern wie Planitz und Reincke suspekt erscheinen. Im Falle Rörigs hätte dies nicht zwingend zu einer Ablehnung Ebels führen müssen, denn auch er hatte sich faktisch seit seinen Arbeiten der 1920er Jahren Quellen der Rechtspraxis zugewandt, insbesondere in seinen juristischen Gutachten.<sup>110</sup> Er war ebenso jemand, der häufig auf die Vorstellungswelt und die Motivation seiner historischen Objekte rekurrierte.<sup>111</sup> Planitz wiederum stand einer Sinnsuche und der verbindenden Kraft des mittelalterlichen-deutschen Rechts nicht fern. Sein Ausgangspunkt war indes ein anderer, da er dieses aus den verschriftlichten Normtexten und nicht primär aus Urteilen und ähnlichen Quellengattungen finden wollte. Zudem konnte der zunächst beschränkte Plan Ebels, der eine noch stärkere Selektion beinhaltete, Planitz nicht genügen. Ich vermute, Rörig schloss sich der fachlichen Kritik von Reincke und Planitz lediglich an, war hingegen eher von dem aggressiven Vorgehen Finks und Ebels abgestoßen.

Um dies näher zu erklären, ist zunächst auf die Zeit nach dem Kriegsende zu blicken: Fink war nach dem Krieg beim Hansischen Geschichtsverein ausgebootet – vordergründig wegen seiner politischen Belastung, aber ich konnte mich nie des Eindrucks erwehren, dass dies nur ein Aspekt unter vielen war. Vielleicht würden intensive Quellenstudien zu den Unterlagen des Hansischen Geschichtsvereins die Beweggründe erhellen. Ich verweise indes auf den Werdegang von Brandts. Er konnte erst ab 1958 offiziell Leiter des Archivs der Hansestadt Lübeck sein, da ihn vorher seine NSDAP-Mitgliedschaft behindert hatte. In den Vorstand des Hansischen Geschichtsvereins konnte er trotzdem 1948 aufgenommen werden. Indes konnte Fink – wie später von Brandt – den Verein für Lübeckische Geschichte und Altertumskunde führen. Hier zeigt sich eine Überschneidung zur Edition von Ebel. Die Edition der Lübecker Ratsurteile erschien nicht in einer Reihe des Hansischen Geschichtsvereins, sondern wurde stattdessen (unter anderem) vom Verein für Lübeckische Geschichte und Altertumskunde gefördert, in dem Fink und von Brandt aktiv waren. Dass ein altes Band nicht durch das Kriegsende zerschnitten sein musste, dürfte hinlänglich bekannt sein. Vielleicht haben wir hier ein weiteres Beispiel vor uns.

Eine Erklärung für diese Publikationsmodalitäten könnte in einem Fortgang eines Richtungsstreits innerhalb des Hansischen Geschichtsvereins gesehen werden. Fink unterstützte den von der SS protegierten jungen Wissenschaftler aus Göttingen; Ebel war Jahrgang 1908 und damit Mittdreißiger als er

<sup>110</sup> Siehe Rörigs Gutachten im Prozess vor dem Staatsgerichtshof bezüglich der Hoheitsrechte in der Lübecker Bucht: Rörig 1925a; Rörig 1925b. Siehe zudem das Werk: Rörig 1922.

<sup>111</sup> Dazu Groth 2016, S. 173 ff.

sich mit den Lübecker Ratsurteilen beschäftigte. Wissenschaftlich hatte er kaum etwas vorzuweisen, und hinsichtlich seiner Rostocker Urfehden gab es massive Bedenken im Führungskreis des Hansischen Geschichtsvereins. Rörig (Jahrgang 1882), Reincke (Jahrgang 1881) und Planitz (Jahrgang 1882) waren jedenfalls nicht von Ebel überzeugt und hätten sich wohl mit aller Kraft gegen eine Bearbeitung der Lübecker Archivalien durch ihn gewehrt, wenn er nicht durch die SS unterstützt worden wäre. Hierin aber schlicht einen Generationenkonflikt zu sehen, ist meiner Meinung nach zu einfach. Fink war Jahrgang 1884 und damit nicht wesentlich jünger. Ich sehe, wie ausgeführt, die Gründe des Zerwürfnisses eher in persönlichen Animositäten und – abstrakt gesprochen – in abweichenden Methoden.

Allein aus der Verstummen der Kritik an Ebel auf die Güte seiner Edition zu schließen und die oben aufgestellten Gedanken zu verwerfen, erscheint mir wiederum zu einfach. Warum die Kritik an Ebel versiegte, lässt sich zwar nicht eindeutig rekonstruieren. Natürlich ist es denkbar, dass er sich mit der Edition rehabilitierte und er zu Recht als „der“ Forscher des Lübschen Rechts angesehen wurde. Eine andere Lesart kann indes nicht von der Hand gewiesen werden: Noch vor der Drucklegung des ersten Bandes seiner Lübecker Ratsurteile konnten die Kritiker weitestgehend aus anderen Gründen ihre Stimme nicht erheben. Rörig verstarb 1952, Planitz 1954. Die jüngere Generation um von Brandt teilte die Kritik an Ebel offenbar nicht. Ich halte es auch für möglich, dass von Brandt in politischen Fragen – *cum grano salis* – „liberaler“ war als sein Lehrer, wohl auch bedingt durch die unterschiedlichen politischen Rahmenbedingungen, die Rörig in der SBZ/DDR und von Brandt in der britischen Zone und späteren Bundesrepublik erlebten; Veröffentlichungen entgegen den Vorgaben des Hansischen Geschichtsvereins waren dabei denkbar.<sup>113</sup> Immerhin trat von Brandt mit einem Gutachten für Ebel im

---

<sup>113</sup> Auseinandersetzungen zwischen Rörig und von Brandt waren insbesondere nach Kriegsende nicht ungewöhnlich, siehe auch zum Konflikt über die Veröffentlichung des ersten Nachkriegsbandes der HGBll., Loose 2001, S. 190 f. Wiederum bloß exemplarisch sei auf einen Briefwechsel hinsichtlich der geplanten Veröffentlichung des zweiten Bandes von Vogels Seefahrtsgeschichte verwiesen, der bei Böhlau in Weimar verlegt werden sollte. Rörig schrieb am 11.02.1948, AHL, NL Rörig, Nr. 67, Konvolut von Brandt, Postkarte Rörigs mit Anlage: „Memorandum zum Pfingstblatt 1948 [Absatz] Als Ergebnis muss ich feststellen, daß ich die Bedenken des Verlags als berechtigt anerkennen muss. [...] In diesen Fahnen [des zur Veröffentlichung bestimmten Manuskripts] ist, namentlich in denen für die früheren Jahrhunderte vor der neueren und neuesten Zeit, so gut wie gar nichts geändert worden. Soweit es aber geschehen ist, sind als bedenklich empfundene Sätze gelegentlich einfach durch Schrägstriche etc. entfernt worden, sodaß der Nachprüfende mit leichter Mühe feststellen kann, aus welchen Anschauungskreis heraus das Manuskript 1938 niedergeschrieben worden ist. [...] Daß es jedenfalls nicht unbedenklich ist, Sätze, wie sie auf Fahne 45 begegnen, zwar zu streichen, aber lesbar zu lassen,

Entnazifizierungsverfahren auf und womöglich war es auch von Brandt, der Ebel für dessen Vortrag vor dem Hansischen Geschichtsverein 1949 einlud.

Hierin könnte auch ein Grund liegen, warum Ebels Tätigkeit für die SS verschwiegen werden konnte. Die Personen, die dies unmittelbar erfuhren, waren tot (wie ausgeführt: Rörig verstarb 1952, Planitz 1954; überdies verstarben Reincke 1960 und Kalkbrenner 1956). Ich unterstelle, dass von Brandt vollständig über Ebels Verbindungen zur SS informiert war, denn jener hatte engsten Kontakt zu Rörig – die Korrespondenz umfasst zwei gefüllte Akten – und er dürfte mittelbar über Fink im Bilde gewesen sein. Er maß dem offenbar aber keine Bedeutung bei. Ob zu Recht oder nicht, ist jedoch die bisher ungeklärte Frage.

## 7 Fragen an die Edition

Während der Arbeit an meiner Dissertation musste ich erkennen, dass eine intensive Auseinandersetzung mit der Edition der Lübecker Ratsurteile notwendig ist, von mir aber nicht geleistet werden konnte. Dies hätte einen zeitlichen Aufwand erfordert, der den Rahmen einer Dissertation mit anderem Schwerpunkt gesprengt hätte. Es ist daher zu wünschen, dass diese Arbeit

---

möchte ich immerhin feststellen: ‚Die Schaffung des großdeutschen Reichs im Jahre 1938 bedeutet den natürlichen Abschluß der geschichtlichen Entwicklung etc.etc.‘. Sätze wie folgende sind aber kurz darauf einfachen stehen geblieben. Ich zitiere von Fahne 48: ‚Durch Peters Initiative wäre ein zusammenhängendes deutsches Afrikareich geschaffen worden, ... das Deutschland die unbestrittene Vormachtstellung auf dem afrikanischen Kontinent gesichert hätte. [...] Der ‚Lebensraum und Machtbereich‘ auf Fahne 22 dürfte heute ebensowenig zur Empfehlung des Manuskriptes dienen wie die Bemerkung auf Fahne 17, daß um 1370 dem Ausland klar wurde, daß die Hanse ‚auch eine politische Großmacht darstellte[‘] [...] Was der Bearbeiter in den die älteren Jahrhunderte umfassenden Fahnen geändert hat, sind zumeist die Überschriften der einzelnen Abschnitte; aber hier m.E. nicht immer mit einer glücklichen Hand“. Von Brandt antwortete verwundert, AHL, NL Rörig, Nr. 67, Konvolut von Brandt, Briefs von Brandts vom 14.02.1948: „Ihr Schreiben und Ihre Denkschrift zum Pfingstblatt, die ich soeben erhielt, sind natürlich ein schwerer Schlag für uns – den HGV, aber auch Herrn Schmolders und mich, die wir die Verantwortung tragen. Wenn Sie und der Verlag der Anschauung sind, daß unter den von Ihnen festgestellten Umständen die Veröffentlichung nicht tragbar ist, so muß ich mich diesem Urteil natürlich beugen. Von den objektiv-sachlichen Bedenken abgesehen, können ja auch nur Sie die subjektiv-psychologischen Umstände richtig einschätzen, die zum Mindesten in der Ostzone gegen die Veröffentlichung sprechen. [...] Die Textstellen auf Fahne 48 und 17 halte ich nicht für so bedenklich; abgesehen davon, daß sie objektiv richtig sind, werden – zum Mindesten hier in der britischen Zone – zur Zeit auch ganz andere historische Wahrheiten unbedenklich schon wieder ausgesprochen und veröffentlicht. [...] Ich gebe den Plan der Veröffentlichung auch noch keineswegs auf – wenn auch nunmehr für etwas spätere Zeit und in vom HGV unabhängigen Rahmen. Das muß sich finden. [...]“

von anderer Stelle aufgenommen wird. In diesem Zusammenhang erhoben sich bei mir vier Fragen:

1. In welchem quantitativen Verhältnis steht die Auswahl der Ratsurteile durch Ebel zu den überlieferten Ratsurteilen?
2. Führt die Beschränkung auf Ratsurteile zu Verzeichnungen in der Darstellung zum materiellen Lübisches Recht?
3. Ist die Edition von dem Leitbild geprägt, später ein Werk über das materielle Lübisches Recht zu schreiben? M.a.W.: Wählte Ebel nur die Ratsurteile aus, die ein solches Werk stützen könnten?
4. Waren die Bedenken an Ebels Qualifikation für eine Edition gerechtfertigt?

## Archivquellen

AHL [Archiv der Hansestadt Lübeck], Dienstregistratur 241.

AHL, Dienstregistratur, Sig. 488.

AHL, Dienstregistratur, Sig. 538.

AHL, NL [Nachlass] Rörig.

BArch [Bundesarchiv Berlin] RS (ehem. BDC) Sig. B0073, ab 1015.

BArch DS (ehem. BDC) Sig. G0116, ab 0019.

NLA [Niedersächsisches Landesarchiv Hannover, Außenstelle Pattensen], Nds. 171 Hild. Nr. 16813.

## Bibliographie

Alexy 2005 – Robert ALEXY, *Begriff und Geltung des Rechts*, 4. Auflage, Freiburg u. a. 2005.

Algazi 1997 – Gadi ALGAZI, Otto Brunner – ‚Konkrete Ordnung‘ und Sprache der Zeit, in: PETER SCHÖTTLER (Hg.), *Geschichte als Legitimationswissenschaft 1918 – 1945*, Frankfurt am Main 1997, S. 166 – 203.

Behrmann 2003 – Thomas BEHRMANN, Der lange Weg zum Rezeß. Das erste Jahrhundert hansischer Versammlungsschriftlichkeit, in: *Frühmittelalterliche Studien* 36, 2003, S. 433 – 467.

Bickelmann 2009 – Hartmut BICKELMANN, Kretzschmar, Theodor Johannes, in: Alken BRUNS (Hg.), *Lübecker Lebensläufe*, Neumünster 2009 (unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1993), S. 208 – 214.

Bohne 1940 – Gotthold BOHNE, [Rezension zu] Wilhelm Ebel, Die Rostocker Urfehden, in: *ZRG.GA* 60, 1940, S. 385 – 390.

von Brandt 1952 – Ahasver VON BRANDT, Fritz Rörig, in: *HGbl.* 71, 1952, S. 1 – 8. Conrad 1954 – Hermann CONRAD, Hans Planitz, in: *ZRG.GA* 71, 1954, S. XIII-XXVI.

Cordes 2008 – Albrecht CORDES, Kupfer aus Schweden, in: Ulrich FALK, Michele LUMINATI, Mathias SCHMOECKEL (Hgg.), *Fälle aus der Rechtsgeschichte*, München 2008, S. 164 – 177.

Dusil 2005 – Stephan DUSIL, Stadtrecht und Rechtsraum, in: *HGbl.* 123, 2005, S. 85 – 108.

Ebel 1944 – Wilhelm EBEL, Rasse und Recht in germanischer Zeit, in: *Germanische Gemeinsamkeit*, REICHSFÜHRER-SS (Hg.), Posen 1944, S. 167–179.

EBEL 1949 – WILHELM EBEL, *Hansisches Recht*, Göttingen 1949.

Ebel 1951 – Wilhelm EBEL, Hansisches Seerecht um 1700, in: *HGbl.* 70, 1951, S. 84 – 102.

EBEL 1952a – WILHELM EBEL, *Das Revaler Ratsurteilsbuch (Register van affspraken) 1515 – 1554*, Göttingen 1952.

Ebel 1952b – Wilhelm EBEL, *Lübisches Kaufmannsrecht. Vornehmlich nach Lübecker Ratsurteilen des 15./16. Jahrhunderts*, Göttingen 1952.

Ebel 1952c – Wilhelm EBEL, *Deutsches Recht im Osten*, Kitzingen 1952.

Ebel 1953 – Wilhelm EBEL, In Memoriam Fritz Rörig, in: *ZRG.GA* 83, 1953, S. 427–431.

Ebel 1955 – Wilhelm EBEL, *Lübecker Ratsurteile*, Bd. 1, Göttingen 1955.

Ebel 1957 – Wilhelm EBEL, *Lübecker Ratsurteile*, Bd. 2, Göttingen 1957.

Ebel 1958 – Wilhelm EBEL, *Lübecker Ratsurteile*, Bd. 3, Göttingen 1958.

Ebel 1967a – Wilhelm EBEL, *Lübecker Ratsurteile*, Bd. 4, Göttingen 1967.

Ebel 1967b – Wilhelm EBEL, *Lübisches Recht im Ostseeraum*, Köln 1967.

Ebel 1971 – Wilhelm EBEL, *Lübisches Recht*, Lübeck 1971.

Eckhardt 2008 – Hans Wilhelm ECKHARDT, Nirrnheim, Hans, in: Franklin KOPITZSCH, Dirk BRIETZKE (Hgg.), *Hamburgische Biografie*, Bd. 4, Hamburg 2008, S. 252 – 254.

Graßmann 2009 – Antjekathrin GRASSMANN, Brandt Ahasver Theodor von, in: Alken BRUNS (Hg.), *Neue Lübecker Lebensläufe*, Neumünster 2009, S. 76 – 80.

Grolle 1997 – Joist GROLLE, Von der Verfügbarkeit des Historikers, in: DERS (Hg.), *Hamburg und seine Historiker*, Hamburg 1997, S. 123 – 149.

Grolle 2001 – Joist GROLLE, Reincke, Heinrich, in: Franklin KOPITZSCH, Dirk BRIETZKE (Hgg.), *Hamburgische Biografie*, Bd. 1, Hamburg 2001, S. 248–249.

Groth 2016 – Carsten GROTH, *Hanse und Recht*, Berlin 2016.

Groth/Höhn 2018 – Carsten GROTH, Philipp HÖHN, Unwiderstehliche Horizonte? Zum konzeptionellen Wandel von Hanseraum, Reich und Europa bei Fritz Rörig und Carl Schmitt, in: *HZ* 306, 2018, S. 321 – 353.

Gustafsson 2013 – Sofia GUSTAFSSON, Sale of Goods around the Baltic Sea in the Middle Ages, in: Justyna WUBS-MROZEWICZ, Stuart JENKS (Hgg.), *The Hanse in Medieval and Early Modern Europa*, Leiden u. a. 2013, S. 129 – 148.

Holmes 1897 – Oliver Wendell Jr. HOLMES, The Path of the Law, in: *Harvard Law Review* 10, 1897, S. 457 – 478.

Jörn 2005 – Nils JÖRN, Lübecker Oberhof, Reichskammergericht, Reichshofrat und Wismarer Tribunal, in: Rolf HAMMEL-KIESOW, Michael HUNDT (Hgg.), *Das Gedächtnis der Hansestadt Lübeck*, Lübeck 2005.

Kellinghusen 1961 – Hans KELLINGHUSEN, Heinrich Reincke, in: *ZVHG* 47, 1961, S. 1 – 15.

Kruse 2005 – Meike KRUSE, Zur Erschließung der 1942/43 ausgelagerten und zwischen 1987 und 1998 zurückgekehrten Bestände des Archivs der Hansestadt Lübeck, in: Rolf HAMMEL-KIESOW, Michael HUNDT (Hg.), *Das Gedächtnis der Hansestadt Lübeck*, Lübeck 2005, S. 571 – 582.

Kypta 2011 – Ulla KYPTA, Angela HUANG, Ein neues Haus auf altem Fundament, in: *HGbl.* 129, 2011, S. 213 – 229.

Landwehr 2008 – Götz LANDWEHR, Ebel, Wilhelm (1908 – 1980), in: Albrecht CORDES U. A., *HRG*, Bd. 1, Berlin <sup>2</sup>2008, Sp. 1171.

Loose 2001 – Hans-Dieter LOOSE, Der komplizierte Weg des Hansischen Geschichtsvereins von Böhlau/Weimar zu Böhlau/Köln, in: *HGbl.* 119, 2001, S. 189 – 202.

Lück 2009 – Heiner LÜCK, „Deutsches Recht im Osten“ – Strukturen, Kontexte und Wirkungen eines sensiblen Forschungsthemas (19. Jh. bis 1990), in: *ZRG.GA* 126, 2009, S. 175 – 206.

Nirrnheim 1940 – Hans NIRRNHEIM, [Rezension zu] Die Rostocker Urfehden, in: *HGbl.* 64, 1940, S. 183 – 187.

Noodt 2007 – Birgit NOODT, Fritz Rörig (1882 – 1952), in: *ZVLGA* 87, 2007, S. 155–180.

Petersohn 2001 – Jürgen PETERSOHN, *Der Konstanzer Arbeitskreis für Mittelalterliche Geschichte 1951 – 2001*, Stuttgart 2001, S. 103–108.

Planitz 1926 – Hans PLANITZ, Über hansisches Handels- und Verkehrsrecht, in: *HGbl.* 51, 1926, S. 1 – 27.

Reincke 1949 – Heinrich REINCKE, Kurt Detlev MÖLLER, Erich VON LEHE, Hans Nirrnheim (1865 – 1945). Drei Reden zu seinem Gedächtnis, in: *ZVHG* 40, 1949, S. IX–XVI.

Rörig 1922 – Fritz RÖRIG, *Der Markt von Lübeck*, Leipzig 1922.

Rörig 1925a – Fritz RÖRIG, Hoheits- und Fischereirechte in der Lübecker Bucht, insbesondere auf der Travemünder Reede und in der Niendorfer Wiek, in: *ZVLGA* 22, 1925, S. 1–64.

Rörig 1925b – Fritz RÖRIG, Mecklenburgisches Küstengewässer und Travemünder Reede. Rechts- und wirtschaftsgeschichtliches Gutachten, in: *ZVLGA* 22, 1925, S. 215–323.

Rörig 1944 – Fritz RÖRIG, Die Hanse im europäischen Raum, in: *Germanische Gemeinsamkeit*, REICHSFÜHRER-SS (Hg.), Posen 1944, S. 94–117.

Rückert 1995 – Joachim RÜCKERT, Dietmar WILLOWEIT (Hgg.), *Die deutsche Rechtsgeschichte in der NS-Zeit*, Tübingen 1995.

Rüthers 2012 – Bernd RÜTHERS, *Die unbegrenzte Auslegung*, Tübingen 2012.

Salzborn 2008 – Samuel SALZBORN, Göttinger Arbeitskreis, in: Ingo HAAR, Michael FAHLBUSCH, Matthias BERG (Hgg.), *Handbuch der völkischen Wissenschaften*, München 2008, S. 198–203.

Schäfer 2015 – Frank L. SCHÄFER, Von der Genossenschaft zur Volksgemeinschaft. Juristische Germanistik als Rechtsgeschichte während des Nationalsozialismus, in: *ZRG.GA* 132, 2015, S. 323–419.

Schmoeckel 2008 – Mathias SCHMOECKEL, Insel der Seligen? Der juristische Fachbereich der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelm-Universität Bonn zwischen 1933 und 1945, in: Thomas BECKER (Hg.), *Zwischen Diktatur und Neubeginn. Die Universität Bonn im ‚Dritten Reich‘ und in der Nachkriegszeit*, Göttingen 2008, S. 79–122.

Schneider 2009 – Gerhard SCHNEIDER, Kalkbrenner, Georg Rudolf Reinhold, in: Alken BRUNS (Hg.), *Lübecker Lebensläufe*, Neumünster 2009 (unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1993), S. 196–198.

Spies 2009 – Hans-Bernd SPIES, Georg Fink (1884–1966) – Der Weg eines hessischen Archivars nach Lübeck, in: *Archiv für hessische Geschichte* 67, 2009, S. 231–290.

Schubert 2016 – SCHUBERT, *Münchener Kommentar zum BGB*, Bd. 2, München 2016.

Schulin 1997 – Ernst SCHULIN, Weltkriegserfahrung und Historikerreaktion, in: WOLFGANG KÜTTLER, JÖRN RUSEN, ERNST SCHULIN (Hgg.), *Geschichtsdis-kurs*, Frankfurt am Main 1997.



Schultze-von Lasaulx 1956 – Hermann SCHULTZE-VON LASAULX, [REZENSION ZU] WILHELM EBEL, LÜBECKER RATSURTEILE, Bd. 1, in: *ZRG.GA* 73, 1956, S. 500 – 504.

Schultze-von Lasaulx 1957 – Hermann SCHULTZE-VON LASAULX, [REZENSION ZU] WILHELM EBEL, LÜBECKER RATSURTEILE, Bd. 2, in: *ZRG.GA* 74, 1957, S. 319 – 320.

Schultze-von Lasaulx 1961 – Hermann SCHULTZE-VON LASAULX, [REZENSION ZU] WILHELM EBEL, LÜBECKER RATSURTEILE, Bd. 3, in: *ZRG.GA* 78, 1961, S. 383 – 386.

Schultze-von Lasaulx 1971 – Hermann SCHULTZE-VON LASAULX, [REZENSION ZU] WILHELM EBEL, LÜBECKER RATSURTEILE, Bd. 4, in: *ZRG.GA* 88, 1971, S. 249 – 252.

Schumann 2008 – Eva SCHUMANN, Die Göttinger Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät 1933 – 1955, in: DIES. (Hg.) *Kontinuitäten und Zäsuren*, Göttingen 2008, S. 65 – 121.

von Seggern 2013 – Harm VON SEGGERN, Zur Tätigkeit der Prokuratoren vor dem Lübecker Rat gegen Ende des 15. Jahrhunderts, in: *HGbl.* 131, 2013, S. 195 – 227.

von Seggern 2016 – Harm VON SEGGERN, *Quellenkunde als Methode*, Köln u. a. 2016.

Stubbe Da Luz 2005/2006 – Helmut STUBBE DA LUZ, „Die Arbeit in der gewohnten Form fortgesetzt“? Der Verein für Lübeckische Geschichte und Altertumskunde, die Bremer Historische Gesellschaft und der Hansische Geschichtsverein in der NS-Zeit, in: *BDLG* 141/142, 2005/2006, S. 289 – 345.

Westermann 2016 – *Münchener Kommentar zum BGB*-WESTERMANN, Bd. 3, München <sup>7</sup>2016.





